

Bitte beachten Sie: Es handelt sich bei diesem Text nicht um die Druckfassung, sondern nur um ein Manuskript. Bitte zitieren Sie deshalb nur nach der gedruckten Fassung!

*Kai Arzheimer/Jürgen W. Falter*

## **"Goodbye Lenin?" Bundes- und Landtagswahlen seit 1990: eine Ost-West-Perspektive**

### **1 Einleitung, Fragestellung und Datengrundlage**

Als am 3. Oktober 1990 die neu gegründeten Länder der Bundesrepublik beitraten, glaubten viele politische Beobachter trotz des sehr guten Abschneidens der Union bei der letzten Volkskammerwahl, dass sich nun die politischen Gewichte zugunsten der Sozialdemokratie verschieben würden (vgl. für das Folgende Arzheimer und Falter 2002: 27-28). Für diese Vermutung sprachen neben der Sozialstruktur der neuen Länder politische Traditionen, die in Teilen des Beitrittsgebietes bis ins Kaiserreich zurückreichten (Schmitt 1997: 425-426), und die Erwartung, dass das sozialistische Regime die Präferenzen und Wertorientierungen der Menschen nachhaltig im Sinne einer "linken" Politik geprägt haben müsse.

Entsprechende Hoffnungen der SPD wurden bekanntlich durch das Ergebnis der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl enttäuscht, bei der in den neuen Ländern etwa 42 Prozent der gültigen Zweitstimmen auf die CDU entfielen. Unter den ostdeutschen Arbeitern stimmten sogar rund 50 Prozent für die Union (Forschungsgruppe Wahlen 1990: 35). Die SPD hingegen konnte im Gebiet der früheren DDR insgesamt weniger als 25 Prozent der Stimmen auf sich vereinen. Als vier Jahre später die CDU entgegen dem ostdeutschen Trend ihren außerordentlich hohen Stimmenanteil in der Arbeiterschaft verteidigen konnte, sprachen manche Forscher deshalb von einer *Umkehrung* (vgl. Tabelle 1) der aus dem Westen bekannten Muster des Wahlverhaltens (Dalton und Bürklin 1995: 84).

Schon bei der nächsten Bundestagswahl zeigte sich aber, dass diese Umkehrung nicht von Dauer gewesen war, da die ostdeutschen Arbeiter nun (ebenso wie dann auch bei der Bundestagswahl 2002) mehrheitlich für die SPD votierten. In früheren Analysen zu diesem Thema (Arzheimer und Falter 1998, 2002) haben wir uns dagegen ausgesprochen, dies als Indiz für eine *Normalisierung* im Sinne einer Angleichung an die alten Länder zu interpretieren. Nimmt man das im Großen und Ganzen recht stabile und dabei vergleichsweise gut erforschte Wahlverhalten der Westdeutschen als Referenzpunkt, so zeigen sich nämlich – unabhängig davon, ob die Arbeiter nun eher die Union oder die SPD unterstützten – in den neuen Ländern auch nach 1998 charakteristische Tendenzen, die sich klar von den aus den alten Ländern bekannten Mustern unterscheiden, sodass man eher von einer *Differenzierung* des Wählerverhaltens sprechen sollte. Zu nennen sind hier vor allem:

- die trotz der Verluste in jüngerer Zeit nach wie vor sehr starke Stellung der PDS und die spiegelbildliche Schwäche der "westlichen" Parteien;
- der hohe Anteil der Nichtwähler;
- die erstaunliche Aggregatvolatilität, die bei aller gebotenen Vorsicht auf eine große Zahl von Wechselwählern schließen lässt.

Dementsprechend halten wir die Umkehrungsthese für widerlegt, die Normalisierungsthese für unplausibel und verfolgen hier die Hypothese der Differenzierung (vgl. Tabelle 1).

*Tabelle 1: Hypothesen zum Wahlverhalten der Ostdeutschen*

<u>Hypothesen zum Wahlverhalten der Ostdeutschen</u>	
<i>Umkehrung</i>	Umkehrung der für die alten Länder relevanten Muster des Wahlverhaltens; Arbeiter unterstützen habituell CDU (widerlegt)
<i>Normalisierung</i>	Angleichung an die aus dem Westen bekannten Gesetzmäßigkeiten; Arbeiter unterstützen habituell die SPD (unplausibel)
<i>Differenzierung</i>	Sozialstrukturell vermittelte Bindung spielen eine geringere Rolle als im Westen; Arbeiter orientieren sich wie die meisten Wähler in erster Linie an Themen und Personen, weit verbreitete Präferenzen für sozialistische Politik

In einem ersten, deskriptiv angelegten Unterkapitel werden wir die Ost-West-Unterschiede anhand der amtlichen Wahlergebnisse dokumentieren und dabei ihre Entwicklung über die Zeit verfolgen. In einem zweiten, stärker analytisch angelegten Kapitel werden wir dann unserer an anderer Stelle geäußerten Vermutung nachgehen, dass sich diese Ost-West-Unterschiede in erster Linie durch zwei langfristig relativ stabile Faktoren erklären lassen: die, verglichen mit den alten Ländern, relativ niedrige Zahl von parteigebundenen Bürgern und die weit verbreitete Präferenz für das politische Ordnungsmodell des "demokratischer Sozialismus" (Westle 1994; Fuchs 1997).<sup>1</sup> Dabei stützen wir uns einerseits auf die kontinuierlich erhobenen Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen und andererseits auf drei Querschnittsbefragungen, die innerhalb des Projekts "Politische Einstellungen, politische Partizipation und Wählerverhalten im vereinigten Deutschland" jeweils im Umfeld der Bundestagswahlen von 1994, 1998 und 2002 durchgeführt wurden.

<sup>1</sup> Darüber hinaus dürften weitere mittel- und langfristig stabile Faktoren wie etwas die Wirtschaftslage oder das regionale und subregionale Sonderbewusstsein vieler Ostdeutscher deren politisches Verhalten beeinflussen. Zudem sollten diese langfristigen Faktoren ihrerseits wieder mit der Wahrnehmung von Personen und Themen interagieren. Aufgrund der Platzrestriktionen müssen wir uns aber auf diese beiden Größen beschränken.

## 2 Wahlen und Wahlergebnisse seit der Vereinigung

### 2.1 Landtagswahlen

Die bisher vorliegenden Analysen zum Wahlverhalten aus Ost-West-Perspektive konzentrieren sich auf die Wahlen zum Deutschen Bundestag. Dies ist angesichts der Bedeutung von Bundestagswahlen durchaus legitim; ein Rückblick, der die Länderebene gänzlich unberücksichtigt lässt, wäre aus unserer Sicht jedoch unvollständig. Die schiere Zahl von Urnengängen setzt einer Auseinandersetzung mit den zurückliegenden Landtagswahlen allerdings enge Grenzen: In den Jahren von 1990 bis 2003 fanden in Deutschland insgesamt 56 Landtagswahlen statt – davon 35 in den alten Bundesländern, 17 in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und vier im Land Berlin, dessen Ost- und Westteil sinnvollerweise getrennt betrachtet werden sollten. Angesichts dieser großen Zahl müssen wir uns im Folgenden auf eine summarische Analyse der Wahlergebnisse beschränken. Selbst aus dieser Perspektive lassen sich aber durchaus interessante Unterschiede zwischen Ländern und Regionen erkennen.

#### 2.1.1 Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung bei den ostdeutschen Landtagswahlen wird von politischen Beobachtern oft als besonders niedrig angesehen. Tatsächlich unterscheidet sich die mittlere Wahlbeteiligungsrate in Ost- und Westdeutschland jedoch nur um einen relativ geringen Betrag: Für die 39 Landtagswahlen in den alten Ländern einschließlich Westberlin errechnet sich eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von 69.2 Prozent, der entsprechende Wert für die 21 Wahlen in den neuen Länder und Ostberlin beträgt 65.7 Prozent. Die Ursache für diesen zunächst überraschenden Befund liegt in dem deutlichen Rückgang der Wahlbeteiligung, der mittlerweile auch in den alten Bundesländern zu beobachten ist. Als extrem niedrig erscheinen die ostdeutschen Beteiligungsraten vor allem dann, wenn man die hohen Wählerquoten von 90 Prozent und mehr als Maßstab anlegt, die in einigen der alten Länder bis in die achtziger Jahre hinein zu beobachten waren.

Zudem sinkt die Wahlbeteiligung im Westen geringfügig schneller als im Osten. Berechnet man für die Wahlbeteiligung ein deskriptives Regressionsmodell, das als erklärende Variable die Regionszugehörigkeit, die Kalenderzeit (gemessen in Jahren seit 1990) sowie einen aus beiden Größen gebildeten Produktterm<sup>2</sup> enthält, so zeigt sich, dass seit 1990 der Anteil der Wähler in den alten Ländern pro Jahr um durchschnittlich 0.8 Prozentpunkte zurückging, während er in den neuen Ländern um rund 0.5 Punkte sank (Tabelle 2). Sollten diese Trends anhalten, müssten sich ost- und westdeutsche Beteiligungsraten innerhalb eines Zeitraums von rund zwei Jahrzehnten angleichen.

2 Mithilfe des Produktterms lassen sich regionale Trends modellieren.

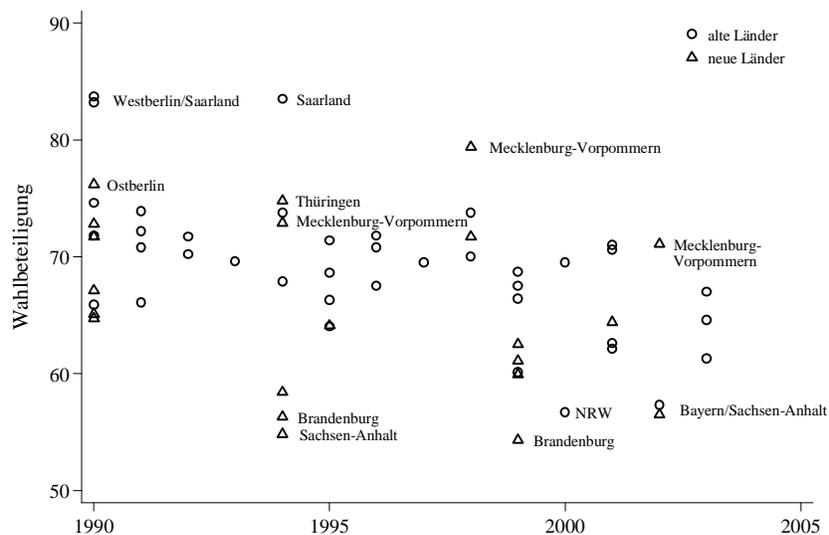
Tabelle 2: Beteiligung an den Landtagswahlen seit 1990: Regressionsmodelle für Aggregatdaten

	(1)	(2)
Region Ost (neue Länder + Ostberlin)	-5.88	-7.08
Zeit (Jahre seit 1990)	-0.83	-0.69
Region Ost * Zeit	0.34	0.16
LTW + BTW		12.24
Konstante	74.20	72.72
N	60	60
R <sup>2</sup>	0.24	0.56
BIC	150	120

Anmerkung: LTW = Landtagswahl; BTW = Bundestagswahl; BIC = Bayesian Information Criterion.

Dieses Modell kann die empirischen Daten allerdings nur relativ schlecht reproduzieren (korrigiertes  $R^2 = 0.24$ ). Beträchtliche Abweichungen zwischen geschätzter und beobachteter Wahlbeteiligung ergeben sich vor allem für jene zwei westdeutschen (Westberlin 1990, Saarland 1994) und fünf ostdeutschen (Ostberlin 1990, Thüringen 1994, Mecklenburg-Vorpommern 1994-2002) Landtagswahlen, die am selben Tag wie eine Bundestagswahl abgehalten wurden: Hier lag die Wahlbeteiligung im Mittel um rund 10 Prozentpunkte höher, als es ansonsten zu erwarten gewesen wäre.

Abbildung 1: Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen seit 1990



Nimmt man eine entsprechende Variable in das Modell auf, verbessert sich dessen Anpassung erheblich. Das korrigierte  $R^2$  steigt auf einen Wert von 0.56, d. h. rund die Hälfte der beobachteten Varianz in der Höhe der Wahlbeteiligung lässt sich (im statistischen Sinne) durch die hier untersuchten Faktoren erklären. Unter diesen hat das Zusammentreffen von Bundes- und Landtagswahl den stärksten Einfluss: In multivariater Betrachtungsweise erhöht ein derartiges Arrangement die erwartete Wahlbeteiligung um rund 12 Punkte.

Dass die Koppelung von Bundes- und Landtagswahlen in den neuen Ländern bislang häufiger praktiziert wurde als im Westen, trägt wesentlich zu den vergleichsweise geringen Unterschieden zwischen ost- und westdeutschen Beteiligungsquoten bei. In multivariater Perspektive erscheinen dementsprechend die Differenzen zwischen alten und neuen Ländern etwas größer und schwächen sich deutlich langsamer ab, sobald die Zusammenlegung der Wahltermine berücksichtigt wird (vgl. die rechte Hälfte von Tabelle 2).

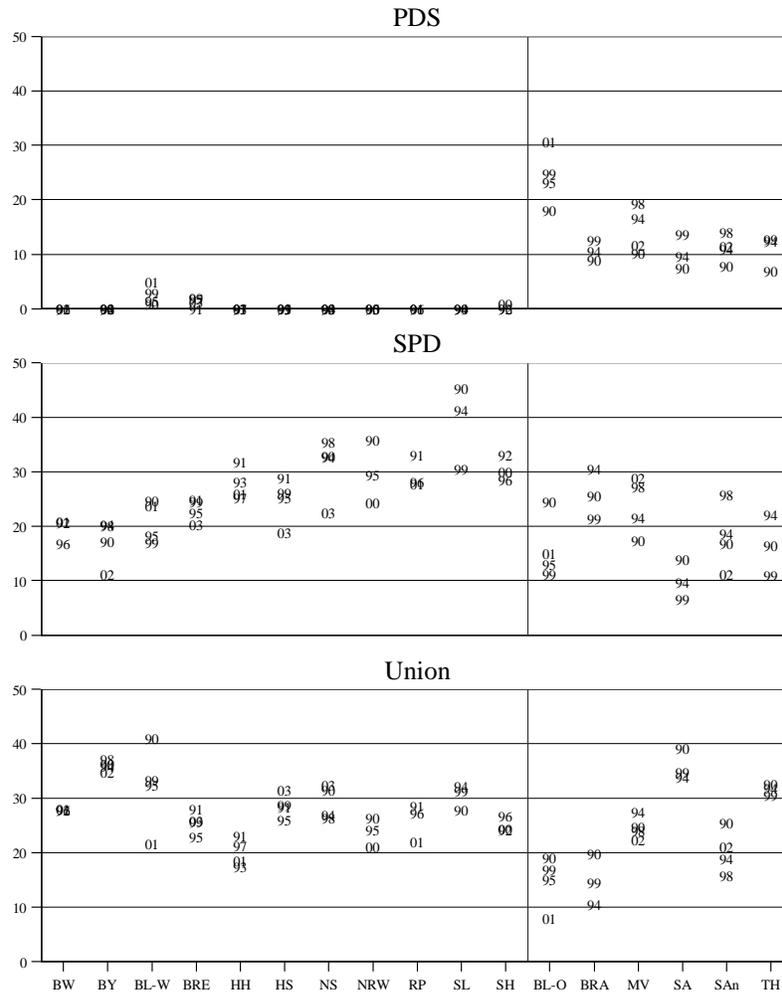
### 2.1.2 Wahlentscheidung

Abbildungen 2(a) und 2(b) zeigen im Überblick, für welche Parteien sich die Bürger bei den Landtagswahlen 1990-2003 entschieden haben. Als Prozentuierungsbasis dient dabei die Gesamtzahl der Wahlberechtigten, sodass die tatsächlichen Mobilisierungsleistungen der Parteien sichtbar werden.

Erwartungsgemäß zeigen sich zwischen beiden Landesteilen deutliche Unterschiede. Dies gilt vor allem für die PDS, der es – sofern sie überhaupt Kandidaten aufgestellt hat – bisher bei keiner Wahl in den alten Bundesländern gelang, in nennenswertem Umfang Wähler für sich zu gewinnen (vgl. auch Neu 2000: 12). Lediglich im früheren Westteil Berlins konnte die Partei bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus 1999 und 2001 zwei Achtungserfolge erzielen. Ganz anders stellt sich die Situation in den neuen Ländern dar. Hier stimmten im Mittel rund 15 Prozent der Wahlberechtigten für die SED-Nachfolgepartei. Dabei sind die regionalen Differenzen allerdings recht stark ausgeprägt. Relativ schwach schnitt die PDS bislang im Süden der früheren DDR ab, also in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt. In Brandenburg musste die Partei bislang ebenfalls vergleichsweise schlechte Resultate hinnehmen, auch wenn die PDS in allen vier Ländern gegenüber den Wahlen von 1990 deutlich hinzugewonnen hat.

Größere Schwankungen in der Unterstützung der Partei sind hingegen in Mecklenburg-Vorpommern zu erkennen. Hier gelang es der PDS bereits 1994, ihren Stimmenanteil von 10 auf 16 Prozent der Wahlberechtigten zu steigern. Vier Jahre später erreichte die Partei mit mehr als 19 Prozent eines ihrer besten Ergebnisse überhaupt und konnte daraufhin in eine Koalitionsregierung mit der SPD eintreten. Bei der Landtagswahl 2002 fiel die PDS um fast 7 Prozentpunkte zurück.

Abbildung 2(a): Landtagswahlen 1990-2003: Stimmenanteile in Prozent der Wahlberechtigten für PDS, SPD und Union



Legende: BW = Baden-Württemberg, BY = Bayern, BL-W = Westberlin, BRE = Bremen, HH = Hamburg, HS = Hessen, NS = Niedersachsen, NRW= Nordrhein-Westfalen, RP = Rheinland-Pfalz, SL = Saarland, SH = Schleswig-Holstein, BL-O = Ostberlin, BRA = Brandenburg, MV= Mecklenburg-Vorpommern, SA = Sachsen, SAn = Sachsen-Anhalt, TH = Thüringen.

Als eigentliche Hochburg der PDS schließlich präsentiert sich ähnlich wie bei den Bundestagswahlen der frühere Ostteil Berlins. Bereits bei der ersten Gesamtberli-

ner Wahl zum Abgeordnetenhaus vom Dezember 1990 stimmten hier etwa 18 Prozent der Wahlberechtigten für die PDS. Dieses Ergebnis konnte sie bei den Abgeordnetenhauswahlen von 1995 und 1999 nochmals deutlich verbessern: In beiden Fällen gelang es der Partei, knapp ein Viertel der Wahlberechtigten zu mobilisieren und auf diese Weise zur weitaus stärksten politischen Kraft im Ostteil der Stadt zu avancieren. Bei den vorgezogenen Wahlen von 2001 schließlich gaben etwas mehr als 30 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme für die PDS ab, was einem Anteil von fast 48 Prozent der gültigen Stimmen entsprach. Die SPD als zweitstärkste Partei erreichte lediglich knapp halb so viele Stimmen, die Union in etwa ein Viertel.

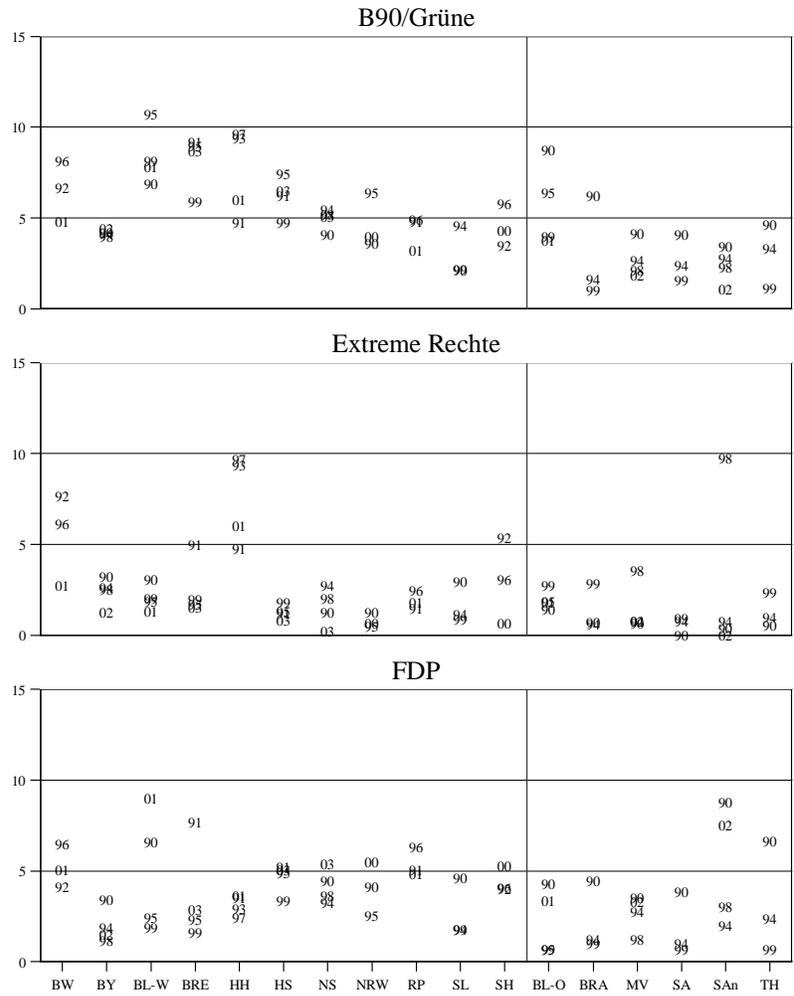
Auch in anderen Teilen Ostdeutschlands erzielten die beiden großen Volksparteien in den letzten anderthalb Jahrzehnten teilweise sehr schlechte Wahlergebnisse. So entschieden sich bei den Landtagswahlen in Sachsen (1994), Thüringen (1999) und Sachsen-Anhalt (2002) jeweils nur etwa 10 Prozent der Wahlberechtigten für die SPD. 1999 stimmten in ihrem alten Stammland Sachsen sogar nur 6,5 Prozent der Bürger für die Sozialdemokraten. Vergleichbar schlechte Ergebnisse erzielte die SPD im Westen bislang nur bei der bayerischen Landtagswahl von 2002.

Auch die Union musste in den neuen Ländern einige Schlappen hinnehmen. So konnte die brandenburgische CDU 1990 nur knapp 20 Prozent der Wahlberechtigten mobilisieren – ein Wert, den die Partei im Westen bislang lediglich in Hamburg unterschritten hat. Bei den beiden folgenden Wahlen von 1994 und 1999 schnitt die Partei mit 10,5 bzw. 14,4 Prozent noch deutlich schlechter ab. Etwas besser waren die Ergebnisse in Sachsen-Anhalt, wo die Union zuletzt wieder 21 Prozent der Wahlberechtigten für sich gewinnen konnte, nachdem sie 1998 nur knapp 16 Prozent mobilisiert hatte. Über alle Landtagswahlen hinweg schnitt die Union im Osten um 5, die SPD sogar um 8 Prozentpunkte schlechter ab als in den alten Ländern.

Diesen recht schwachen Ergebnissen der Volksparteien stehen aber auch einige Erfolge gegenüber. So stimmten bei der brandenburgischen Landtagswahl von 1990 etwa ein Viertel, vier Jahre später dann rund 30 Prozent der Wahlberechtigten für die SPD, die sich seit 1990 in wechselnden Konstellationen an der Regierung hält. 1999 fielen die Sozialdemokraten auf etwa 20 Prozent zurück, blieben aber weiterhin mit großem Abstand auf Union und PDS stärkste Partei. Auch in Mecklenburg-Vorpommern ist die SPD für ostdeutsche Verhältnisse vergleichsweise stark. Bemerkenswert erscheint vor allem, dass die Sozialdemokraten hier kontinuierlich an Zustimmung gewonnen haben und zuletzt knapp 29 Prozent der Wahlberechtigten mobilisieren konnten.

Blickt man auf die kleineren Parteien, d. h. auf B90/Die Grünen, die FDP und die hier zu einer Gruppe zusammengefassten Parteien der extremen Rechten (REP, DVU, NPD), so ergibt sich ein sehr differenziertes Bild: Während das Bündnis 90 im Jahr der Vereinigung mit Stimmenanteilen zwischen 3,5 (Sachsen-Anhalt) und

Abbildung 2(b): Landtagswahlen 1990-2003: Stimmenanteile in Prozent der Wahlberechtigten für B90/Grüne, FDP und die extreme Rechte



Legende: BW = Baden-Württemberg, BY = Bayern, BL-W = Westberlin, BRE = Bremen, HH = Hamburg, HS = Hessen, NS = Niedersachsen, NRW= Nordrhein-Westfalen, RP = Rheinland-Pfalz, SL = Saarland, SH = Schleswig-Holstein, BL-O = Ostberlin, BRA = Brandenburg, MV= Mecklenburg-Vorpommern, SA = Sachsen, SAn = Sachsen-Anhalt, TH= Thüringen.

8.8 Prozent (Berlin, Ostteil) der Wahlberechtigten noch einige Wahlerfolge erzielen konnte, hat die Partei seit dem Zusammenschluss im Jahre 1993 in allen neuen

Ländern ebenso wie in Ostberlin fast kontinuierlich an Unterstützung verloren. Dementsprechend waren Bündnis 90/Die Grünen nach den Wahlen von 1994 nur noch im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten. Auch dort gelang es ihnen vier Jahre später nicht mehr, die 5-Prozent-Hürde zu überspringen. Lediglich im Ostteil Berlins schnitt die Partei bislang relativ gut ab. Bezogen auf die Zahl der Wahlberechtigten ist ihr Stimmenanteil aber auch hier beträchtlich zurückgegangen.

Im Westen hingegen konnten sich Bündnis 90/Die Grünen in den meisten Ländern von der Krise, in die sie im Umfeld der Vereinigung geraten waren, erholen. Mitte der neunziger Jahre erzielte die Partei vor allem in Baden-Württemberg, Westberlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein passable Ergebnisse. Seit dem Eintritt in die Bundesregierung mussten Bündnis 90/Die Grünen bekanntlich allerdings auch im Westen wieder schlechtere Ergebnisse hinnehmen: Bei insgesamt 18 Landtagswahlen sank der Stimmenanteil der Umweltpartei gegenüber der jeweils vorangegangenen Abstimmung, wobei die Verluste bezogen auf die Wahlberechtigten bis zu 3.6 Prozentpunkte betragen. Erst mit dem Wahljahr 2002 wurde dieser Abwärtstrend gebrochen. Über alle Landtagswahlen der letzten Jahre hinweg gelang es den Grünen im Westen, rund doppelt so viele Wahlberechtigte zu mobilisieren wie im Osten.

Noch wechselhafter stellt sich die Entwicklung während der vergangenen anderthalb Dekaden für die FDP dar. Ähnlich wie das Bündnis 90 fand die Partei bei den ostdeutschen Landtagswahlen, die der Vereinigung vorangingen, relativ große Unterstützung bei den Wahlberechtigten. In Thüringen stimmten 6.7, in Sachsen-Anhalt, wo die FDP als die Partei des gebürtigen Hallensers Hans-Dietrich Genscher wahrgenommen wurden, sogar 8.8 Prozent der Wahlberechtigten für die FDP. Selbst in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern erreichte die FDP Ergebnisse von 3.9 bzw. 3.6 Prozent der Wahlberechtigten, die es ihr ermöglichten, denkbar knapp die 5-Prozent-Hürde zu überspringen. Bei der darauf folgenden Welle von Landtagswahlen im Sommer bzw. Herbst 1994 scheiterte die Partei jedoch in allen ostdeutschen Ländern an der Sperrklausel. Auch bei der Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus von 1995 blieb die FDP in beiden Teilen der Stadt mit Stimmenanteilen von 2.4 bzw. 0.7 Prozent der Wahlberechtigten weit unter dem Quorum.

Erst mit der Abgeordnetenhauswahl von 2001, bei der die Partei auch im Ostteil Berlins wieder mehr als 5 Prozent der gültigen Stimmen erhielt, wurde diese Abwärtsbewegung gestoppt. Im Frühling des darauf folgenden Jahres votierten bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 7.5 Prozent der Wahlberechtigten für die Freidemokraten, sodass die FDP nach acht Jahren erstmals wieder im Parlament eines ostdeutschen Flächenstaates vertreten war. Dabei dürfte die Kampagne der aus Halle stammenden Spitzenkandidatin Cornelia Pieper, die sich selbst als Kandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten bezeichnete (Holtmann 2003: 51-52), ebenso eine Rolle gespielt haben wie der "Spaßwahlkampf" des Bundesvorsitzenden Guido Westerwelle und die sich abzeichnende Kontroverse um die antiisraelischen Äußerungen Jürgen W. Möllemanns. Bei der zeitgleich mit der Bun-

destagswahl im September 2002 abgehaltenen Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern erhielten die Liberalen die Stimmen von 3.3 Prozent der Wahlberechtigten, was fast exakt dem vergleichsweise guten Resultat von 1990 entsprach, scheiterten jedoch mit einem Anteil von 4.7 Prozent an den gültigen Stimmen knapp an der Sperrklausel.

Auch im Westen unterlagen die Ergebnisse der Freidemokraten über die Zeit und über Ländergrenzen hinweg beträchtlichen Schwankungen. So stimmten bei den Landtagswahlen in Bayern seit 1994 stets weniger als 2 Prozent der Wahlberechtigten für die FDP. In Bremen gelang es der Partei bislang nicht, an ihren großen Erfolg von 1991 anzuknüpfen. Bei den drei Bürgerschaftswahlen von 1995, 1999 und 2003 votierten jeweils weniger als 3 Prozent der Wahlberechtigten für die Liberalen – trotz niedriger Wahlbeteiligung zu wenig, um die 5-Prozent-Hürde zu überspringen.<sup>3</sup> In Hamburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, dem Saarland und – wie bereits erwähnt – in Berlin war die FDP seit Mitte der neunziger Jahre ebenfalls nicht mehr in den Parlamenten vertreten. Erst mit dem Beginn der neuen Dekade gelang es der FDP, verlorenes Terrain zurückzugewinnen: In Hamburg kehrte sie 2001 mit einem sehr bescheidenen Stimmenanteil; in Niedersachsen (2003), Nordrhein-Westfalen (2000) und im Westteil Berlins (2001) mit guten bis sehr guten Ergebnissen von 5.4, 5.6 und 9 Prozent der Wahlberechtigten in die Landtage zurück. In anderen westlichen Bundesländern (Baden-Württemberg, Hessen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein) mobilisierten die Liberalen über den gesamten Zeitraum hinweg relativ kontinuierlich etwa 4 bis 5 Prozent der Wahlberechtigten.

Die Parteien der extremen Rechten schließlich sind im Osten trotz des spektakulären DVU-Erfolges in Sachsen-Anhalt (1998) insgesamt gesehen etwas schwächer als in den alten Ländern. Auffällig sind hier vor allem die großen Schwankungen über die Zeit – die meisten Wahlerfolge von Republikanern, DVU und NPD fielen in die frühen neunziger Jahre – und zwischen den einzelnen Ländern, unter denen Hamburg und Baden-Württemberg den Rechtsparteien anscheinend besonders günstige Voraussetzungen boten.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass bei den 56 bzw. 60 Landtagswahlen die zu erwartenden Ost-West-Unterschiede zu beobachten waren: Die PDS spielt im Westen nach wie vor keine Rolle. Im Osten hingegen hat sie im Laufe der Zeit tendenziell an Unterstützung gewonnen und avancierte bei sechs von 21 Wahlen in den neuen Ländern und Ostberlin zur stärksten bzw. zweitstärksten Kraft. Union, SPD, FDP und Grüne schneiden umgekehrt in den neuen Ländern deutlich schlechter ab als in den alten. Mit den oben genannten Einschränkungen gilt dies auch für die Parteien der extremen Rechten.

Diese Unterschiede dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch *innerhalb* der beiden Regionen Variationen im Wahlverhalten auftreten: Zum einen

3 Da die 5-Prozent-Hürde getrennt für die beiden Wahlgebiete Bremen und Bremerhaven angewendet wird, ist die FDP in der laufenden Legislaturperiode dennoch mit einem Abgeordneten in der Bürgerschaft vertreten.

sind in den einzelnen Ländern *über die Zeit hinweg* beträchtliche Fluktuationen zu beobachten. Dies gilt vor allem für die Stadtstaaten Hamburg und Berlin, wo es in den letzten Jahren zu einer bemerkenswerten Ausdifferenzierung des Parteiensystems gekommen ist (Arzheimer 2001). Zum anderen bestehen aber auch *zwischen* den Ländern teils substanzielle und dabei recht stabile Unterschiede im Abschneiden der Parteien.

Aus den Abbildungen ist unmittelbar ersichtlich, dass diese Variationen im Wahlverhalten zwischen Ländern und Wahlen oft von größerer Bedeutung sind als die Differenzen zwischen beiden Regionen. Für die meisten Parteien ist die Variation zwischen den Regionen kleiner als die Schwankungen über die Zeit, die wiederum von geringerer Bedeutung sind als die Abweichungen zwischen den Ländern innerhalb einer Region.<sup>4</sup>

Am deutlichsten ist dieses Muster bei der Union zu erkennen, deren Ergebnisse in einigen Ländern (Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein, aber auch Sachsen und Thüringen) über den gesamten Analysezeitraum hinweg fast konstant geblieben sind. Trotz der bei Bundestagswahlen nach wie vor sehr hohen Aggregatvariation im Wahlverhalten der Ostdeutschen, auf die wir in Abschnitt 2.2 näher eingehen, scheinen sich also auf der Ebene der Landespolitik auch in Teilen des Beitrittsgebiets Traditionen herausgebildet zu haben, die den politischen Prozess stabilisieren. Mit der Frage, wie stark die Ergebnisse von Landtagswahlen über die Zeit schwanken, werden wir uns im folgenden, letzten Abschnitt dieses Unterkapitels beschäftigen.

### 2.1.3 Wahlergebnisse

Der so genannte Pedersen-Index (Pedersen 1983) bietet bekanntlich die Möglichkeit, die Verschiebungen im Verhältnis der politischen Kräfte, die zwischen zwei Wahlen auftreten, in einer einzelnen Maßzahl zusammenzufassen. In ihn fließen die Stimmengewinne der gegenüber dem letzten Urnengang erfolgreicherer Parteien sowie ein eventueller Anstieg des Nichtwähleranteils ein. Dementsprechend kann der Index Werte zwischen 0 und 100 annehmen.

Tabelle 3 zeigt das Ergebnis dieser Berechnungen für die letzten 54 Landtagswahlen in der Bundesrepublik.<sup>5</sup> Aus ihr geht hervor, dass die Aggregatvolatilität bei Landtagswahlen in Ostdeutschland mit 14,8 Punkten deutlich höher liegt als in

- 4 Durch eine Reihe von Varianzanalysen, die wir hier aus Platzgründen nicht dokumentieren können, lässt sich die Dominanz dieses Muster auch statistisch nachweisen. Eine Ausnahme von der Regel bildet selbstverständlich die PDS, da diese im Westen Deutschlands praktisch keine Stimmen erhält. Die Anteile der FDP variieren in beiden Regionen stärker über die Zeit als zwischen den Bundesländern.
- 5 Da der Pedersen-Index die Veränderungen zwischen zwei Wahlen zusammenfasst, kann er für die neuen Länder erst ab 1994 berechnet werden. Wenn man aus Gründen der Vergleichbarkeit die 12 Landtagswahlen, die vor 1994 in den alten Ländern abgehalten wurden, aus der Analyse ausschließt, hat dies keinen substantiellen Einfluss auf die Analyse.

der alten Bundesrepublik (9.5). Nur die westdeutschen Stadtstaaten erreichen Indexwerte, die an die Ergebnisse in den neuen Ländern heranreichen. In den westdeutschen Flächenländern hingegen entsprechen die *maximal* erzielten Werte für den Pedersen-Index fast exakt dem ostdeutschen Durchschnitt.

Tabelle 3: Pedersen-Index für die Landtagswahlen in den alten und den neuen Ländern 1990-2003

	$\bar{x}$	max	min	N		$\bar{x}$	max	min	N
Bayern	6.9	14.7	2.4	4	Mecklenburg-Vorpommern	12.6	13.2	12.1	3
Niedersachsen	7.1	14.8	3.0	4	Sachsen	12.7	17.8	7.6	2
Rheinland-Pfalz	7.6	9.3	6.1	3	Ostberlin	13.1	21.3	5.6	3
Hessen	7.8	11.9	4.4	4	Brandenburg	13.7	17.2	10.3	2
Schleswig-Holstein	8.2	11.6	6.1	3	Thüringen	14.2	16.7	11.7	2
Baden-Württemberg	8.8	10.6	6.6	3	Sachsen-Anhalt	21.2	27.6	15.4	3
Nordrhein-Westfalen	8.9	11.1	4.8	3					
Saarland	10.6	14.8	7.9	3					
Bremen	11.4	13.9	6.9	4					
Hamburg	11.7	17.5	4.1	4					
Westberlin	14.4	20.5	6.3	4					
Alte Länder gesamt	9.5	20.5	2.4	39	Neue Länder gesamt	14.8	27.6	5.6	15
Bundesrepublik gesamt	10.9	27.6	2.4	54					

Besonders dramatische Veränderungen waren 2002 in Sachsen-Anhalt zu beobachten: Der Nichtwähleranteil stieg hier um mehr als 15 Prozentpunkte, die Union gewann etwa 5, die FDP 4.5 und die "Sonstigen", d. h. vor allem die Schill-Partei, etwas mehr als 2 Prozentpunkte hinzu, während SPD, PDS und DVU entsprechende Verluste hinnehmen mussten. Daraus ergab sich ein Indexwert von 27.6. Damit wurde der bereits sehr hohe Wert von 1998 (20.6), der auf die Mobilisierungsleistung der DVU und die gleichzeitigen Stimmengewinne von SPD und PDS zurückging, noch einmal deutlich übertroffen. Vergleichbar hohe Werte für die Abgeordnetenhauswahl von 1995 in beiden Teilen Berlins gehen auf den kräftigen Anstieg des Nichtwähleranteils sowie auf Stimmengewinne der PDS im Osten und der Grünen und einer Reihe kleinerer Parteien im Westen der Stadt zurück. Auch in Thüringen (1999) und in Sachsen (1994), die sich seit der Wiedervereinigung zu regelrechten Hochburgen der Union entwickelt haben, sowie in Brandenburg (1994) wurden in der Vergangenheit vergleichsweise hohe Indexwerte erzielt. In allen drei Fällen erklärt sich dies primär durch den massiven Anstieg des Nichtwähleranteils.

## 2.2 Bundestagswahlen

### 2.2.1 Wahlbeteiligung

Ähnlich wie bei den Landtagswahlen machten die Ostdeutschen seit 1990 auch bei den Bundestagswahlen seltener von ihrem Wahlrecht Gebrauch als die Bürger der alten Länder. Die Kluft zwischen beiden Regionen variierte dabei zwischen 3 (1998) und 8 (1994, 2002) Prozentpunkten. Dies erklärt sich primär durch das starke Schwanken der Wahlbeteiligung in den neuen Ländern. Im Westen hingegen blieb die Beteiligungsrate seit der Vereinigung nahezu konstant. Der klare Abwärtstrend, der bei den westdeutschen Landtagswahlen der letzten Jahre zu verzeichnen war, hat die Bundesebene offensichtlich noch nicht erreicht.

Innerhalb beider Regionen sind wiederum länderspezifische Tendenzen und Unterschiede zu erkennen – beispielsweise weisen das Saarland, Thüringen (außer 2002) und Sachsen innerhalb ihrer Regionen eine eher hohe Wahlbeteiligung auf. Umgekehrt ist die Beteiligungsquote in Bayern (außer 2002), Brandenburg und Sachsen-Anhalt zumeist leicht unterdurchschnittlich.

*Tabelle 4:* Beteiligung an Bundestagswahlen 1990-2002 nach Ländern und Region (in Prozent)

Wahljahr	90	94	98	02	Wahljahr	90	94	98	02
Baden-Württemberg	77	80	83	81	Brandenburg	74	71	78	71
Bayern	74	77	79	82	Mecklenburg-Vorpommern	71	73	79	74
Bremen	77	79	82	79	Ostberlin	76	77	80	75
Hamburg	78	80	81	80	Sachsen	76	72	82	75
Hessen	81	82	84	80	Sachsen-Anhalt	72	70	77	74
Niedersachsen	81	82	84	81	Thüringen	76	75	82	69
Nordrhein-Westfalen	79	82	84	80					
Rheinland-Pfalz	82	82	84	80					
Saarland	85	84	85	80					
Schleswig-Holstein	79	81	82	81					
Westberlin	83	80	82	80					
Alte Länder gesamt	79	81	83	81	Neue Länder gesamt	74	73	80	73
Bundesrepublik gesamt	78	79	82	79					

### 2.2.2 Wahlentscheidung

Tabelle 5 zeigt die Ergebnisse der vier gesamtdeutschen Bundestagswahlen nach Ländern und Regionen aufgeschlüsselt. Am Grundmuster, das schon 1990 zu erkennen war, hat sich *prima facie* nichts geändert: Während es den beiden großen Volksparteien ebenso wie FDP und Grünen in den neuen Ländern bei insgesamt niedrigerer Wahlbeteiligung in deutlich geringerem Umfang als im Westen gelingt, die Bürger zu mobilisieren, ist die PDS dort die dritt-, wenn nicht die zweitstärk-

ste Partei. Umgekehrt sind die Resultate der Partei in den alten Ländern so schlecht,

Table 5: Stimmenanteile der Parteien in Prozent der Wahlberechtigten bei Bundestagswahlen 1990-2002 nach Ländern und Region

Partei Wahljahr	Union				SPD				B90/Grüne				FDP			PDS				
	90	94	98	02	90	94	98	02	90	94	98	02	90	94	98	02	90	94	98	02
Baden-Württemberg	36	34	31	34	22	24	29	27	4	8	8	9	9	8	7	6	0	1	1	1
Bayern	38	39	37	47	20	23	27	21	3	5	5	6	6	5	4	4	0	0	1	1
Bremen	23	23	21	19	32	35	41	38	6	9	9	12	10	6	5	5	1	2	2	2
Hamburg	28	28	24	22	32	31	37	33	5	10	9	13	9	6	5	5	1	2	2	2
Hessen	33	33	29	29	30	30	34	31	4	8	7	8	9	7	7	6	0	1	1	1
Niedersachsen	35	33	28	28	31	33	41	38	4	6	5	6	8	6	5	6	0	1	1	1
Nordrhein-Westfalen	32	31	28	28	32	35	39	34	3	6	6	7	9	6	6	7	0	1	1	1
Rheinland-Pfalz	37	36	32	32	29	32	34	30	3	5	5	6	8	6	6	7	0	1	1	1
Saarland	32	30	26	27	43	39	44	36	2	5	5	6	5	3	4	5	0	1	1	1
Schleswig-Holstein	34	33	29	29	30	32	37	34	3	7	5	7	9	6	6	6	0	1	1	1
Westberlin	39	30	24	27	25	27	32	27	5	10	11	13	8	6	5	7	1	2	2	2
Brandenburg	26	20	16	21	24	32	33	29	5	2	3	2	7	2	2	4	8	14	15	11
Mecklenburg-Vorpommern	29	27	23	16	18	21	27	34	4	3	2	3	6	2	2	4	10	17	18	13
Ostberlin	18	15	12	13	23	25	28	29	7	5	6	10	6	1	2	4	19	27	24	16
Sachsen	37	34	26	22	14	17	23	29	4	3	4	3	9	3	3	4	7	12	16	13
Sachsen-Anhalt	27	27	21	24	18	23	29	24	4	2	3	3	14	3	3	5	7	13	16	12
Thüringen	34	30	23	20	17	22	28	29	5	4	3	2	11	3	3	5	6	13	17	10
Alte Länder gesamt	34	33	30	33	28	30	35	31	4	6	6	7	8	6	6	6	0	1	1	1
Neue Länder gesamt	31	28	21	20	18	23	28	28	5	3	3	4	9	3	3	5	8	14	17	12
Bundesrepublik gesamt	34	32	29	30	26	28	33	30	4	6	5	7	8	5	5	6	2	3	4	3

"Goodbye Lenin?"

dass sich die Partei in gesamtdeutscher Perspektive stets in prekärer Nähe zur 5-Prozent-Hürde bewegt. Die von der PDS seit Jahren propagierte "Westausdehnung" ist bislang nicht nur auf der organisatorischen (Neu 2000: 16-18; Arzheimer 2002: 325), sondern auch auf der elektoralen Ebene gescheitert.

Diese regionalen Unterschiede werden aber von einer Reihe von Entwicklungstendenzen und subregionalen Disparitäten überlagert. So erzielte die Union in den alten Ländern 1990, 1994 und 2002 ein nahezu identisches Ergebnis – lediglich 1998 ist ein deutlicher Rückgang erkennbar. Bei näherer Betrachtung zeigt sich allerdings, dass die westdeutschen Christdemokraten bei der jüngsten Bundestagswahl nur dank des herausragenden Abschneidens der CSU in Bayern an ihr Ergebnis von 1994 anknüpfen konnten (vgl. auch Pappi und Shikano 2003: 4-6). Der CDU gelang es nur in Baden-Württemberg, ihren Stimmenanteil zu halten; in allen anderen westdeutschen Ländern musste sie gegenüber der Wahl von 1994 sogar teils beträchtliche Einbußen hinnehmen und schnitt vergleichbar schlecht wie 1998 ab.

In den neuen Ländern hat die Union seit 1994 dramatisch an Rückhalt verloren. Während 1990 noch fast ein Drittel der Wahlberechtigten in Ostdeutschland für die Christdemokraten stimmte, sank dieser Anteil bei den letzten beiden Bundestagswahlen auf etwa ein Fünftel. Dies gilt ausdrücklich auch für Thüringen und Sachsen, wo die CDU bei den Landtagswahlen von 1999 wiederum mit weitem Abstand zu den anderen Parteien zur stärksten Kraft geworden war.<sup>6</sup> Besonders dramatisch waren die Verluste in Mecklenburg-Vorpommern, wo sich 2002 die CDU-Stimmen gegenüber der Vereinigungswahl in etwa halbiert haben. Im Ergebnis musste die Union, die den ersten gesamtdeutschen Bundeswahlkampf als die "Partei der deutschen Einheit" führen konnte, bei der Bundestagswahl 2002 eine Differenz von 13 Prozentpunkten zwischen dem ost- und dem westdeutschen Teilergebnis hinnehmen.

6 Ähnlich große Unterschiede waren zwischen dem sehr schlechten Abschneiden der SPD bei der sachsen-anhaltinischen Landtagswahl im April 2002 und dem Landesergebnis bei der Bundestagswahl im September zu beobachten. In einer detaillierten Analyse der Unterschiede zwischen den Resultaten von Landtagswahlen und den entsprechenden Landesergebnissen von Bundestagswahlen kommen Hough und Jeffery (2003) durch die Betrachtung eines "Index der Unähnlichkeit", bei dem es sich letztlich um eine weitere Variante des Pedersen-Index handelt, zu dem Schluss, dass sich seit der Wiedervereinigung sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern die Wahlentscheidung auf der Landesebene vom Verhalten bei der Bundestagswahl ablöst, da "territoriale Präferenzen" an Bedeutung gewinnen. Dieser Befund mag durchaus zutreffen, müsste aber mithilfe von Individualdaten überprüft werden, da sich mit Aggregatdaten immer nur abschätzen lässt, innerhalb welcher Schranken sich individuelles Verhalten vollzogen haben muss. Zudem scheint die Analyse von Hough und Jeffery auf gültigen Stimmen zu basieren, sodass die gerade bei Landtagswahlen überaus wichtige Kategorie der Nichtwahl systematisch ausgeblendet wird. Tatsächlich dürften die Diskrepanzen zwischen Bundestags- und Landtagswahlergebnissen deshalb noch deutlich größer sein als von den beiden Autoren vermutet.

Fast spiegelbildlich stellt sich die Entwicklung der SPD dar. In den alten Bundesländern schnitten die Sozialdemokraten 1994 und 2002 nur um 2 bzw. 3 Punkte besser ab als im Jahr der Vereinigung, während sie 1998 in dieser Region die Stimmen von 35 Prozent der Wahlberechtigten auf sich vereinen konnten und damit erstmals seit 1972 ein besseres Resultat als die Unionsparteien erzielten. Dabei sind zwischen und innerhalb der einzelnen Länder deutliche Unterschiede zu verzeichnen, die nicht nur auf angestammte Wählertraditionen, sondern auch auf das jeweilige Personaltableau der Partei zurückzuführen sein dürften. In den neuen Ländern hingegen konnten sich die Sozialdemokraten seit der Vereinigung deutlich und relativ kontinuierlich verbessern. Vor allem in Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern hat die Partei seit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl bemerkenswerte Zuwächse erzielt. Im Ergebnis gelang es der SPD bei der jüngsten Bundestagswahl, ost- und westdeutsche Wahlberechtigte in annähernd gleichem Umfang für sich zu gewinnen.

Die beiden kleineren Parteien schnitten, wenn man von der ersten gesamtdeutschen Wahl einmal absieht, bei der das Bündnis 90 noch als eigenständige Partei kandidierte und die FDP von der Rolle Genschers im Vereinigungsprozess profitieren konnte, bei Bundestagswahlen in den alten Ländern jeweils deutlich besser ab als im Osten. Bündnis 90/Die Grünen erzielten lediglich im Ostteil Berlins nennenswerte Zugewinne. In den ostdeutschen Flächenstaaten hingegen stagniert die Partei auf niedrigstem Niveau. Die Zugewinne bei der jüngsten Bundestagswahl gehen dementsprechend hauptsächlich auf Stimmen aus den alten Ländern zurück. Dagegen gelang es der FDP bei der letzten Bundestagswahl erstaunlicherweise, in allen neuen Ländern zusätzliche Wähler zu mobilisieren, während die Partei im Westen kaum Boden gutmachen konnte. Dementsprechend hat sich für die Freidemokraten die Schere zwischen ost- und westdeutschen Resultaten fast geschlossen. Ob diese Entwicklung von Dauer sein wird, bleibt abzuwarten.

Die PDS schließlich, die in Ostdeutschland bislang fast kontinuierlich an Zuspruch gewonnen hatte, musste bei der jüngsten Bundestagswahl schwere Verluste hinnehmen (Jesse 2003: 23-28). Während ihr Stimmenanteil im Westen auf niedrigem Niveau stagnierte, verlor sie in den neuen Ländern gegenüber 1998 rund ein Drittel ihrer Wähler und ist jetzt erstmals seit 1990 lediglich mit zwei direkt gewählten Abgeordneten im Bundestag vertreten. Rechtsextreme und sonstige Parteien spielten bei den vier ersten gesamtdeutschen Wahlen keine Rolle.<sup>7</sup> Auf eine gesonderte Ausweisung wurde deshalb verzichtet.

Die bisher betrachteten Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern lassen sich analog zur Konstruktion des Pedersen-Index in einer Maßzahl zusammenfassen, indem man für die in den neuen Ländern erfolgreicherer Parteien die Ost-West-Differenzen der regionalen Wahlergebnisse sowie eine eventuelle positive

7 Auf lokaler Ebene konnten diese Parteien allerdings einzelne Achtungserfolge erringen. So stimmten bei der Bundestagswahl 1998 5.7 Prozent der Wahlberechtigten im Wahlkreis Biberach für die Republikaner, was einem Anteil von 7 Prozent der gültigen Stimmen entsprach.

Ost-West-Differenz des Nichtwähleranteils aufsummiert (Arzheimer und Falter 2002: 28). Im Ergebnis (Tabelle 6) zeigt sich, dass es auch nach der vierten gesamtdeutschen Bundestagswahl keine Hinweise auf eine Angleichung des Wahlverhaltens zwischen beiden Landesteilen gibt. Wie schon 1994 und 1998 erreichte der Index auch 2002 einen Betrag, der deutlich über dem bereits recht hohen Wert des Jahres 1990 liegt.

Tabelle 6: Regionale Unterschiede im Ergebnis der Bundestagswahlen 1990-2002

Index regionaler Unterschiede	
1990	17.8
1994	24.2
1998	25.1
2002	23.2

### 2.2.3 Wahlergebnisse

Tabelle 7 zeigt, dass die über den Pedersen-Index gemessene Aggregatvolatilität auch bei Bundestagswahlen in den neuen Ländern erheblich höher ist als in der alten Bundesrepublik. Seit der Vereinigung ist es in den neuen Ländern immer wieder zu Kräfteverschiebungen zwischen den politischen Lagern gekommen, die weitaus dramatischer waren als im Westen. Dies gilt vor allem für die Jahre 1994 und 1998. Werte von 13 Punkten und mehr wurden in den alten Ländern zuletzt in der Nachkriegszeit erreicht. Obwohl sich 2002 der Abstand zwischen beiden Landesteilen etwas verringert hat, liegt der ostdeutsche Wert auch bei der jüngsten gesamtdeutschen Bundestagswahl deutlich über dem langjährigen Mittelwert der alten Länder.

Tabelle 7: Pedersen-Index für die Bundestagswahlen 1994-2002 nach Ländern und Region

Wahljahr	94	98	02	Wahljahr	94	98	02
Baden-Württemberg	5.5	7.1	6.9	Brandenburg	15.9	10.7	13.8
Bayern	5.4	4.9	11.6	Mecklenburg-Vorpommern	8.9	12.3	15.5
Bremen	6.6	7.1	6.1	Ostberlin	10.2	9.0	12.1
Hamburg	6.4	6.9	5.8	Sachsen	13.0	17.6	14.3
Hessen	3.6	6.9	6.0	Sachsen-Anhalt	13.3	13.0	10.1
Niedersachsen	5.2	9.0	4.3	Thüringen	13.3	14.7	17.2
Nordrhein-Westfalen	6.6	4.9	6.4				
Rheinland-Pfalz	5.1	4.8	6.5				
Saarland	7.2	5.0	8.4				
Schleswig-Holstein	5.9	7.1	4.1				
Westberlin	11.7	9.1	7.8				
Alte Länder gesamt	5.1	6.1	6.2	Neue Länder gesamt	12.6	13.5	10.4
Bundesrepublik gesamt	6.0	7.5	6.6				

Auch hier ergibt sich ein etwas differenzierteres Bild, wenn man ein niedrigeres Aggregationsniveau wählt und den Index auf der Basis von Landesergebnissen berechnet. Auf diese Weise wird erkennbar, dass die Wahlergebnisse im Ostteil Berlins weniger stark schwanken als in den ostdeutschen Flächenstaaten. Außerdem ist der vermutlich auf die Kandidatur Edmund Stoibers zurückgehende Mobilisierungseffekt in Bayern klar zu erkennen.<sup>8</sup> Insgesamt zeigen sich beide Ländergruppen hinsichtlich dieses Indikators aber relativ homogen: Zweistellige Indexwerte sind im Westen die Ausnahme, im Osten die Regel.

### **3 Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens im Ost-West-Vergleich und über die Zeit hinweg**

#### *3.1 Sozialstrukturelle Merkmale und Parteibindungen*

Obwohl die Zahl der Nicht- und Wechselwähler seit den siebziger Jahren zugenommen hat, ist das Wahlverhalten in der alten Bundesrepublik nach wie vor von einer erstaunlichen Kontinuität geprägt. Bei einem großen Teil der Bürgerinnen und Bürger lassen sich langfristig stabile, oft emotional aufgeladene Bindungen an eine Partei nachweisen, die als Parteiidentifikationen im Sinne des Ann-Arbor-Modells (Campbell et al. 1960) interpretiert werden. In Deutschland wie in vielen anderen Ländern Westeuropas standen diese Parteibindungen in der Vergangenheit häufig in einem engen Zusammenhang mit sozialen Merkmalen wie der Berufsgruppe und der Konfession (Dalton, Beck und Flanagan 1984). Gewerkschaftlich gebundene Arbeiter bildeten die Kernklientel der SPD, während sich praktizierende Katholiken weit überdurchschnittlich häufig den Unionsparteien verbunden fühlten. In abgeschwächter Form galt diese Aussage auch für Arbeiter, die keiner Gewerkschaft angehören, bzw. für kirchlich aktive Protestanten.

Wie bereits erwähnt, gingen deshalb zu Beginn der neunziger Jahre viele politische Beobachter davon aus, dass die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bevölkerung in den neuen Ländern die Sozialdemokratie begünstigen würde, da im Osten der Anteil der Arbeiter an der wahlberechtigten Bevölkerung weitaus höher lag als im Westen und zugleich die christlichen Kirchen und insbesondere der Katholizismus eine viel geringere Rolle spielten.

So betrug der auf die Erwerbstätigen bezogene Arbeiteranteil in Ostdeutschland zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung noch etwa 47 Prozent (Geißler 2002: 230, 239). In Westdeutschland hingegen war der entsprechende Wert zwischen 1960 und 1989 von etwa 50 auf ca. 35 Prozent gesunken.<sup>9</sup> Seitdem ist der Arbeiteranteil

8 Ein vergleichbar hoher Wert, der 1994 im Westteil Berlins zu verzeichnen war, erklärt sich vor allem durch die hohen Verluste der CDU (-9 Prozentpunkte) und die entsprechenden Zugewinne von SPD, B90/Grünen und des Nichtwählerlagers.

9 Etwas andere Werte ergeben sich, wenn die Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Arbeitslose) als Basis gewählt werden, oder bei Personen, die nicht zur Erwerbsbevölke-

in den neuen Ländern zwar deutlich zurückgegangen, lag im April 2002 mit 38.5 Prozent aber immer noch recht hoch. In den alten Ländern waren zum gleichen Zeitpunkt nur noch rund 30 Prozent der Erwerbstätigen Arbeiter (Statistisches Bundesamt 2003: 107). Noch weitaus größere Unterschiede zwischen Ost und West ergeben sich, wenn statt objektiver Merkmale<sup>10</sup> die für das politische Verhalten interessantere subjektive Selbsteinstufung herangezogen wird: So betrachteten sich in der Wahlstudie 2002 34 Prozent der Westdeutschen als Angehörige der "Arbeiterschicht". In den neuen Ländern hingegen entschieden sich 62 Prozent der Befragten für diese Kategorie.<sup>11</sup>

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Konfessionszugehörigkeit: Zu Beginn der neunziger Jahre gehörten im Westen 42, im Osten 27 Prozent der Bevölkerung einer evangelischen Landeskirche an. Der Anteil der Katholiken an der westdeutschen Bevölkerung lag bei ebenfalls 42 Prozent; in den neuen Ländern hingegen waren nur 4 Prozent der Bürger Mitglieder dieser Konfession. Menschen, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, stellten in der alten Bundesrepublik eine vergleichsweise kleine Minderheit von etwa 12 Prozent dar, in den neuen Ländern und in der Osthälfte Berlins repräsentierten sie mit gut zwei Dritteln eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung.

Auch hier hat sich das Bild am Ende der Dekade nicht grundlegend verändert: Der Anteil der Katholiken stagniert, die evangelischen Landeskirchen mussten einen weiteren Rückgang ihrer Mitgliederzahlen um jeweils 5 Prozentpunkte hinnehmen (Gabriel 2001: 382).<sup>12</sup> Die Bemühungen der beiden großen Kirchen, Ostdeutschland zu rechristianisieren, haben bislang offensichtlich keine Früchte getragen. Wenn es in Zukunft zu einer Angleichung zwischen Ost- und Westdeutschland kommen wird, dann vermutlich eher durch einen weiteren Bedeutungsverlust des (institutionalisierten) Christentums im Westen.

Die Sozialstruktur von alten und neuen Ländern unterscheidet sich also auch 12 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch deutlich. Damit ist aber noch nichts darüber ausgesagt, ob aus den entsprechenden Gruppenzugehörigkeiten Parteibindungen resultieren, wie sie nach den aus der alten Bundesrepublik vertrauten Mustern zu erwarten wären.

rung gehören, alternativ nach einem früher ausgeübten Beruf bzw. dem Beruf des Haushaltsvorstandes gefragt wird. Auf die substantiellen Befunde hat dies jedoch keinen Einfluss.

10 In der amtlichen Statistik werden alle Lohnempfänger sowie Heimarbeiter und Hausgehilfen der Kategorie "Arbeiter" zugeordnet, "Angestellte" sind alle nicht beamteten Gehaltsempfänger, unabhängig von der Qualifikation und der Mitgliedschaft in der Rentenversicherung für Angestellte (Statistisches Bundesamt 2003: 101).

11 Zur Datenquelle vgl. Fußnote 26. Der Fragetext lautete: "Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher dieser Schichten rechnen Sie sich selbst zu, der Arbeiterschicht, der Mittelschicht oder der Oberschicht?"

12 Sehr ähnliche Unterschiede zwischen beiden Landesteilen zeigen sich, wenn statt der formalen Mitgliedschaft die tatsächliche Teilnahme am kirchlichen Leben betrachtet wird (Gabriel 2001: 387-388).

Ein geeignetes Instrument zur Beantwortung dieser Frage stellen die Politbarometerstudien der Forschungsgruppe Wahlen dar, weil diese auf der Basis von zu-  
meist monatlichen Erhebungen seit April 1991 einen kontinuierlichen Vergleich  
beider Landesteile ermöglichen.<sup>13</sup> Dabei ist zunächst zu klären, inwieweit die aus  
dem Westen bekannten Bindungen in den neuen Ländern überhaupt verbreitet sind.  
Bisherige Analysen der Politbarometerdaten regredieren zu diesem Zweck den  
monatlich gemessenen Anteilswert der Bürger, die angeben, sich mit einer Partei  
dauerhaft zu identifizieren, auf die Kalenderzeit (vgl. u. a. Maier 2000: Kapitel 8;  
Falter und Rattinger 2001). Im Gegensatz dazu analysieren wir die Wahrschein-  
lichkeit für das Vorliegen einer Parteibindung und deren Veränderung auf der  
*Individualebene* (Firebaugh 1997), was mit erhebliche methodischen Vorteilen  
verbunden ist.<sup>14</sup>

*Tabelle 8:* Parteiidentifikation in Deutschland 1991-2001  
(logistische Regressionsmodelle)

	Gesamt	SPD	Union	PDS
Region Ost	-0.587** (0.017)	-0.453** (0.019)	-0.763** (0.020)	
Zeit (Monate seit April 1991)	-0.002** (0.000)	-0.001** (0.000)	-0.000 (0.000)	0.004** (0.000)
Region Ost * Zeit	0.002** (0.000)	0.000 (0.000)	0.004** (0.000)	
Konstante	0.743** (0.012)	-0.840** (0.013)	-0.938** (0.013)	-2.645** (0.022)
N	217 415	217 415	217 415	94 724
Adjusted Pseudo R <sup>2</sup> (Mc Fadden)	0.01	0.01	0.01	0.00

Anmerkung: \* = p < 0.05, \*\* = p < 0.01.

13 Die Politbarometerdaten werden in der alten Bundesrepublik seit März 1977, in den  
neuen Ländern seit März 1990 erhoben. Die Frage nach der Parteiidentifikation ist in  
den ostdeutschen Politbarometerstudien jedoch erst seit dem Frühjahr 1991 enthalten.  
Die von uns verwendeten Datensätze für den Zeitraum von April 1991 bis Dezember  
2001 sind unter den ZA-Nummern 2391 (alte Länder) sowie 2114, 2287, 2390, 2559,  
2777, 2894, 3045, 3160, 3262, 3426 und 3555 (neue Länder) verfügbar.

14 Bei Zeitreihen handelt es sich im Grunde um Aggregatdaten, die ohnehin spezifische  
Probleme aufwerfen. Hinzu kommt, dass es bei der Analyse von Zeitreihen naturgemäß  
zu einer Autokorrelation der Residuen kommt, was wiederum zu einer Unterschätzung  
der Standardfehler für die gefundenen Zusammenhänge führt, wenn nicht besondere  
Annahmen über den Fehlerprozess getroffen werden (für eine Anwendung neuerer Meth-  
oden der Zeitreihenanalyse auf die Analyse aggregierter Parteibindungen vgl. u. a.  
Box-Steffensmeier und Smith 1996; Box-Steffensmeier und Tomlinson 2000; Byers,  
Davidson und Peel 2000). Weitere Probleme ergeben sich, wenn wie in unserem Fall der  
Umfang der Stichproben von Monat zu Monat stark schwankt. Da die Daten der For-  
schungsgruppe Wahlen der Wissenschaft in disaggregierter Form zur Verfügung stehen,  
spricht aus unserer Sicht nichts dafür, auf das Instrument der Zeitreihenanalyse zurück-  
zugreifen.

Praktisch schätzen wir ein logistisches Regressionsmodell, d. h. wir errechnen, wie die logarithmierten *odds* (Chancen) für das Vorliegen einer Parteiidentifikation in Abhängigkeit von der regionalen Zugehörigkeit der Befragten (alte Bundesrepublik = 0, neue Länder und Ostberlin = 1) und der Kalenderzeit (in Monaten seit April 1991) variieren. Regional unterschiedliche Trends modellieren wir wiederum durch einen Produktterm. Die entsprechenden Koeffizienten sind dem linken Teil von Tabelle 8 zu entnehmen.

Im Ergebnis zeigt sich, dass (1) zu Beginn der neunziger Jahre der geschätzte Anteil der Parteiidentifizierer im Westen rund zweimal so groß war wie der Anteil der Nichtidentifizierer ( $e^{0.743} = 2.10$ ); (2) beide Gruppen in den neuen Ländern in etwa gleich stark waren ( $e^{0.743-0.587} = e^{0.156} = 1.17$ ); (3) sich dieses Verhältnis im Westen seitdem ganz leicht zuungunsten der Parteiidentifizierer verschoben hat (die geschätzte monatliche multiplikative Veränderung der *odds* liegt bei  $e^{-0.002} = 0.998$ ); während es (4) im Osten zu einer marginalen, nicht signifikant<sup>15</sup> von 0 verschiedenen Verschiebung zugunsten der Parteiidentifizierer gekommen ist ( $e^{-0.0016+0.0018} = 1.0003$ ).<sup>16</sup>

Da diese Art der Interpretation von Logit-Koeffizienten mühsam und wenig anschaulich ist, haben wir den Zeitpunkt der ersten und der letzten Befragung in die Gleichung eingesetzt und für beide Regionen den jeweiligen geschätzten Anteilswert errechnet. In den alten Ländern sinkt dieser um 5 Punkte von 68 auf 63 Prozent. Für die neuen Länder ergibt sich ein – nicht signifikanter – Anstieg von 53.9 auf 54.8 Prozent.<sup>17</sup> Auf diese Weise ist die inhaltliche Bedeutung der Koeffizienten deutlich leichter nachvollziehbar.

Hinter diesem Bild relativer Konstanz verbergen sich etwas größere Verschiebungen im Kräfteverhältnis der Parteien, von denen Abbildung 3, die ebenfalls auf logistischen Regressions-schätzungen basiert, einen Eindruck vermittelt: Die SPD hat in beiden Landesteilen 2 bis 3 Prozentpunkte eingebüßt; die Union stagniert im Westen, hat im Osten aber 7 bis 8 Prozentpunkte hinzugewonnen; die langfristige

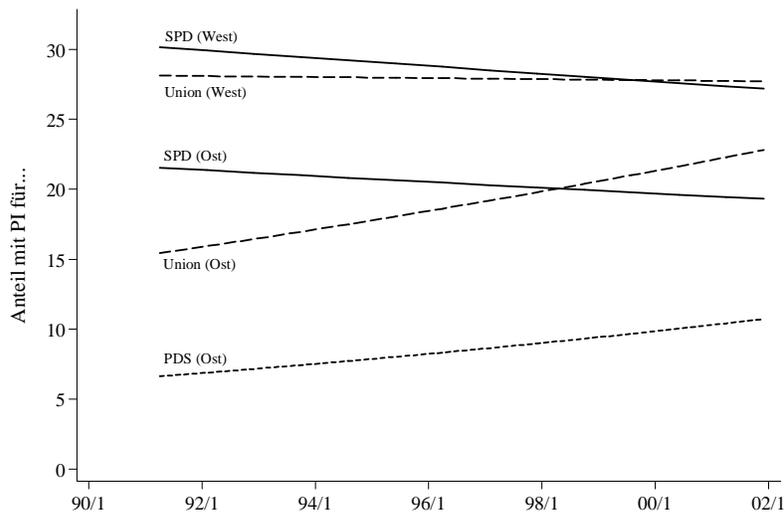
15 Das Signifikanzniveau für den Trend in den neuen Ländern ( $p = 0.10$ ) lässt sich am einfachsten durch Umkodierung der Regionalvariable und des Interaktionsterms errechnen.

16 Hier betrachten wir die Regionszugehörigkeit als Moderatorvariable (Jaccard 2002: 12-13), die den Einfluss der Kalenderzeit modifiziert. Bei dieser Interpretation erfasst der Koeffizient die Wirkung dieses Trends auf Befragte in der alten Bundesrepublik, da diese als Referenzgruppe kodiert sind. Am Koeffizienten des Interaktionsterms ist abzulesen, wie sich der Trend unter den ostdeutschen Befragten von den Verhältnissen in Westdeutschland unterscheidet (Jaccard 2002: 31, 33). Alternativ dazu kann auch die Kalenderzeit als Moderator betrachtet werden. In diesem Fall entspricht der Koeffizient der Regionszugehörigkeit dem Ost-West-Unterschied zu Beginn der Untersuchung (vgl. unsere entsprechende Interpretation oben), während der Koeffizient des Interaktionsterms angibt, in welchem Umfang sich dieser Unterschied von Monat zu Monat abschwächt (Jaccard 2002: 35-36). Beide Lesarten ergänzen sich und sind vollständig äquivalent zueinander.

17 Die Breite der entsprechenden Konfidenzintervalle beträgt etwa  $\pm 0.5$  Prozentpunkte.

Anhängerschaft der PDS in den neuen Ländern schließlich hat sich um rund 4 Prozentpunkte vergrößert.<sup>18</sup>

Abbildung 3: Parteiidentifikation (PI) in Deutschland 1991-2001, aufgeschlüsselt nach Richtung (Anteilsschätzungen auf Grundlage von logistischen Regressionen)



In den neuen Ländern weichen die monatlich gemessenen tatsächlichen Anteilswerte allerdings teils deutlich von diesen Trendlinien ab.<sup>19</sup> Dies mag sich einerseits daraus erklären, dass Parteibindungen in Ostdeutschland auf der Individualebene weniger stabil sind als in der alten Bundesrepublik (Schmitt-Beck und Weick 2001), hängt aber andererseits auch damit zusammen, dass die ostdeutschen Teilstichproben teilweise sehr klein und die monatlichen Messungen deshalb mit einem entsprechend großen Stichprobenfehler behaftet sind.<sup>20</sup>

18 Die entsprechenden Koeffizienten finden sich im mittleren und rechten Teil von Tabelle 8. Die Veränderung des Anteils der Unionsanhänger in der alten Bundesrepublik ist nicht signifikant von 0 verschieden ( $p = 0.35$ ). Alle anderen Trends sind signifikant.

19 Vor allem die Zahl der Unionsanhänger unterliegt großen Schwankungen: Der im Politbarometer gemessene Anteil derjenigen Ostdeutschen, die sich mit der CDU identifizieren, bewegt sich zwischen 9 (Mai 1993) und 29 (November 1995 und September 1999) Prozent.

20 Dies betrifft vor allem den Zeitraum von Januar 1996 bis Dezember 1998, in dem pro Monat jeweils weniger als 300 Bürger aus den neuen Ländern befragt wurden. Schon aus diesem Grund ist es sinnvoll, die Daten zusammenzufassen und auf der Grundlage aller Fälle ein Modell für das Vorliegen einer individuellen PI zu schätzen.

Lassen sich die in den neuen Ländern entstandenen Parteibindungen, wie im Westen, auf die Zugehörigkeit zu sozialen Großgruppen zurückführen bzw. haben sich solche Zusammenhänge während der vergangenen Jahre herausgebildet? Die Antwort fällt recht unterschiedlich aus, je nachdem, welche Parteien und Gruppen man betrachtet.

Abbildung 4: Identifikation mit der SPD in Abhängigkeit von Berufsgruppe und Region 1991-2001 (Anteilsschätzungen auf Grundlage eines logistischen Regressionsmodells)

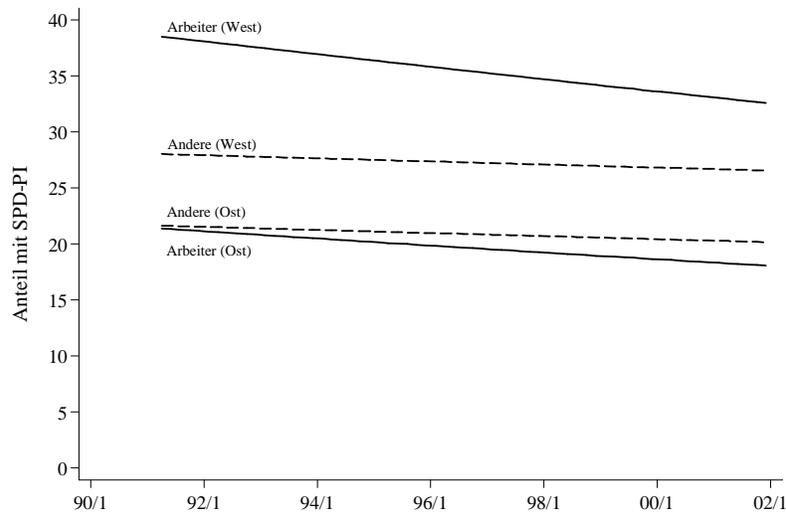


Abbildung 4 zeigt zunächst die Zusammenhänge zwischen Berufsgruppe und Bindung an die SPD aus quer- und längsschnittlicher Perspektive. Für die Arbeiter in den alten Ländern ist festzuhalten, dass diese nach wie vor mit einer deutlich höheren Wahrscheinlichkeit der SPD zuneigen als die Angehörigen anderer Berufsgruppen. Im Verlauf der neunziger Jahre hat sich dieser Effekt allerdings erkennbar abgeschwächt: In den zehn Jahren von April 1991 und April 2001 sank der geschätzte Anteil der langfristigen SPD-Anhänger unter den Arbeitern von 38.5 auf 33 Prozent,<sup>21</sup> während der Anteil der SPD-Anhänger unter den Beamten, Angestellten und Selbständigen fast konstant blieb. Der Abstand zwischen Arbeitern und den Angehörigen der anderen Berufsgruppen verringerte sich in Westdeutschland damit von rund 10 auf etwas mehr als 6 Prozentpunkte. Auch in den neuen

21 Konfidenzintervalle: 37.3 - 39.8 bzw. 31.2 - 34.0 Prozent. Die Koeffizienten des zugrunde liegenden Modells finden sich in Tabelle 9.

Ländern ging der Anteil der SPD-Identifizierer bei den Arbeitern wie auch bei den übrigen Bürgern leicht (und statistisch signifikant zurück). Politisch ist diese Veränderung allerdings ohne größere Bedeutung.

Im Westen Deutschlands lassen sich also nach wie vor Spuren der traditionellen sozialstrukturellen Verankerung der SPD nachweisen, die allerdings zusehends an Bedeutung verlieren. Im Osten hingegen finden sich keinerlei Hinweise auf eine Annäherung an die aus den alten Ländern bekannten Muster.

Tabelle 9: Identifikation mit der SPD 1991-2001

	SPD
Region Ost	-0.344** (0.025)
Zeit (Monate seit April 1991)	-0.001** (0.000)
Arbeiter	0.475** (0.031)
Region Ost * Zeit	-0.000 (0.000)
Arbeiter * Zeit	-0.001** (0.000)
Arbeiter * Region Ost	-0.490** (0.043)
Arbeiter * Region Ost * Zeit	0.000 (0.001)
Konstante	-0.943** (0.017)
N	194 992
Adjusted Pseudo R <sup>2</sup> (Mc Fadden)	0.01
Standardfehler in Klammern	

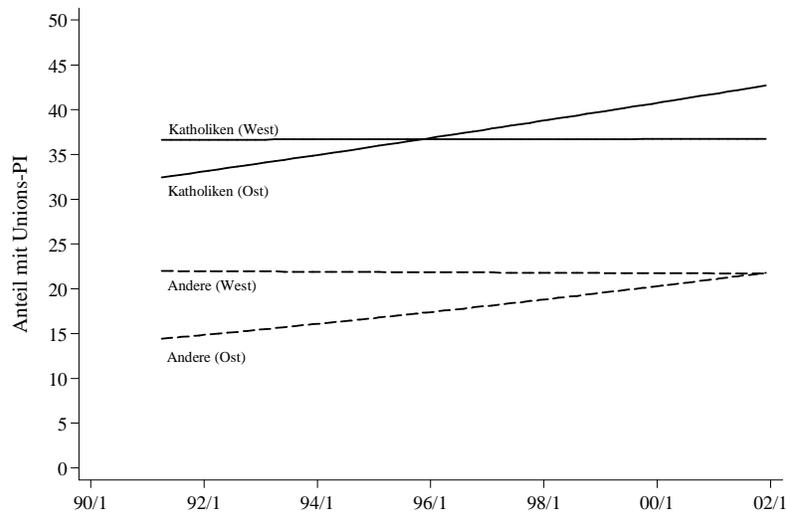
Anmerkung: \*\* =  $p < 0.01$ .

Im Falle der Unionsparteien haben wir zunächst analog zum Vorgehen bei der SPD den Zusammenhang zwischen einer entsprechenden Identifikation und der Zugehörigkeit zu ihrer klassischen Unterstützerguppe, den Katholiken, in Abhängigkeit von Zeit und Region modelliert. Abbildung 5 zeigt die Ergebnisse: Im Westen ist weder bei den Katholiken noch bei den Angehörigen anderer Konfessionen eine Veränderung zu erkennen. Über den gesamten Untersuchungszeitraum hinweg ist der Anteil derjenigen, die sich mit den Unionsparteien identifizieren, unter den Katholiken um rund 15 Prozentpunkte höher als unter den Nichtkatholiken.<sup>22</sup> In den neuen Ländern hingegen nimmt sowohl bei den Katholiken als auch bei den Nichtkatholiken der geschätzte Anteil derjenigen, die sich mit den Unionsparteien identifizieren, um etwa 8 Prozentpunkte zu. Die Differenz zwischen beiden Personengruppen ist mit rund 19 Prozentpunkten noch etwas stärker ausgeprägt als im

<sup>22</sup> Die entsprechenden Trendterme sind nicht signifikant von 0 verschieden ( $p = 0.91$  für die westdeutschen Katholiken,  $p = 0.59$  für die westdeutschen Nichtkatholiken).

Westen. Im Ergebnis kommt es im Zeitverlauf zu einer Annäherung zwischen alten und neuen Ländern: Die ostdeutschen Katholiken weisen zu Beginn des Untersuchungszeitraums eine etwa 4 Prozentpunkte niedrigere, am Ende des Untersuchungszeitraums sogar eine um gut 5 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit auf, der Union zuzuneigen als die Katholiken in den alten Ländern.<sup>23</sup>

Abbildung 5: Identifikation mit der Union in Abhängigkeit von Konfession und Region 1991-2001 (Anteilsschätzungen auf Grundlage eines logistischen Regressionsmodells)



In der Vergangenheit wurde allerdings wiederholt die Vermutung geäußert, dass sich aus dem ursprünglichen Konflikt zwischen Protestanten und Katholiken, der in der alten Bundesrepublik bis in die sechziger Jahre durchaus noch von politischer Bedeutung war (vgl. etwa für die Entwicklung in Rheinland-Pfalz, Arzheimer 2000: 241-249), inzwischen ein säkular-religiöser Gegensatz zwischen praktizierenden Christen beider Konfessionen einerseits und kirchenfernen Bürgern andererseits entwickelt habe. Speziell für die neuen Länder kommt hinzu, dass dort vor und nach der Wende zwischen der CDU und dem protestantischen Kirchenmilieu zumindest phasenweise personelle und organisatorische Verbindungen bestanden (Schmidt 1997: 324-325, 327), während die westdeutsche CDU in ihrer Gründungsphase Anschluss an die alte Anhängerschaft des Zentrums suchte und – zu-

<sup>23</sup> Statistisch signifikant von 0 verschieden sind die Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Katholiken bis Februar 1994 und dann wieder ab Juni 1997.

mindest was ihre Mitglieder und Funktionäre betrifft – lange Zeit katholisch dominiert war (Haungs 1992: 173).<sup>24</sup> Deshalb erscheint es sinnvoll, alternativ zur bloßen Mitgliedschaft in der katholischen Kirche auch den Zusammenhang zwischen der aktiven Teilnahme am religiösen Leben beider Konfessionen und der Identifikation mit der Union zu untersuchen.<sup>25</sup>

Table 10: Identifikation mit der Union 1991-2001

	Union
Region Ost	-0.515** (0.024)
Zeit (Monate seit April 1991)	-0.000 (0.000)
Katholik	0.720** (0.026)
Region Ost * Zeit	0.004** (0.000)
Katholik * Zeit	0.000 (0.000)
Katholik * Region Ost	0.327** (0.060)
Katholik * Region Ost * Zeit	-0.001 (0.001)
Konstante	-1.267** (0.018)
N	216875
Adjusted Pseudo R <sup>2</sup> (Mc Fadden)	0.03
Standardfehler in Klammern	

Anmerkung: \*\* =  $p < 0.01$ .

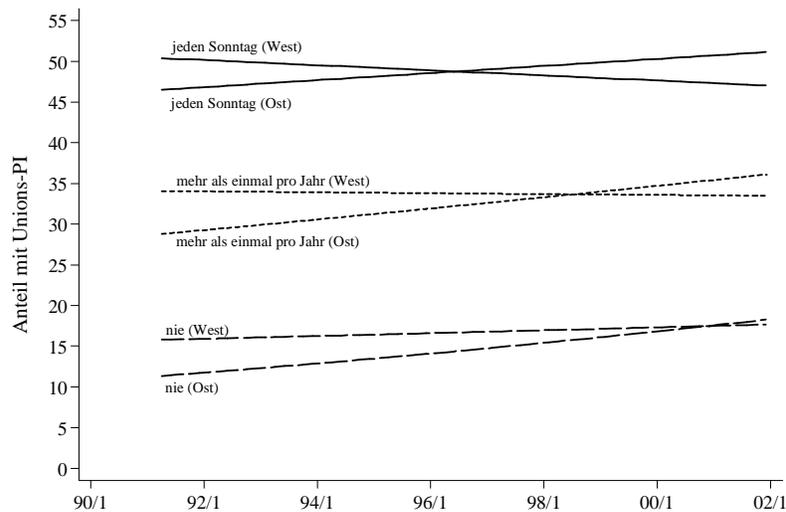
Die Ergebnisse der Analyse zeigt Abbildung 6. In beiden Regionen besteht generell eine enge Verbindung zwischen dem Gottesdienstbesuch und der Wahrscheinlichkeit, dass sich ein Bürger mit der Union identifiziert. In den alten Ländern bleibt dieser Zusammenhang über den Untersuchungszeitraum hinweg im Wesentlichen konstant, wenn man von einem leichten Rückgang um rund 3 Prozentpunkte in der Gruppe derjenigen absieht, die jede Woche mindestens einmal am Gottesdienst teilnehmen. In den neuen Ländern hingegen nimmt der geschätzte Anteil der CDU-Identifizierer unter den Bürgern, die niemals oder gelegentlich zur Kirche

24 So gehörten noch im letzten, rein westdeutschen Bundestag (1987-1990) nach eigener Auskunft rund zwei Drittel der Unionsabgeordneten der katholischen Konfession an, obwohl der Bevölkerungsanteil der Katholiken in der alten Bundesrepublik zu dieser Zeit bei lediglich knapp 43 Prozent lag. Unter den Abgeordneten der anderen Fraktionen gaben hingegen jeweils weniger als 15 Prozent an, der katholischen Kirche anzugehören (Schindler 1999: 665 ff.; Statistisches Bundesamt 2003: 61).

25 Auf die gemeinsame Modellierung von Kirchgang und Konfessionszugehörigkeit haben wir verzichtet, da zwischen den unabhängigen Variablen teils sehr starke lineare Beziehungen bestehen.

gehen, substantiell, nämlich um jeweils 7 bis 8 Prozentpunkte zu. In der Gruppe der häufigen Gottesdienstbesucher steigt der Anteil der langfristigen Unions-Anhänger um knapp 5 Prozentpunkte. Im Ergebnis kommt es dadurch auch hier zu einer weiteren Abschwächung der ohnehin geringen Unterschiede zwischen Ost und West. Dabei ist allerdings zu beachten, dass, wie erwähnt, in den alten Ländern nur etwa 15, in den neuen Ländern hingegen mehr als 70 Prozent der Befragten angaben, nie am Gottesdienst teilzunehmen.

Abbildung 6: Identifikation mit der Union in Abhängigkeit von Kirchgangshäufigkeit und Region 1991-2001 (Anteilsschätzungen auf Grundlage eines logistischen Regressionsmodells)



Zusammenfassend kann man damit festhalten, dass die traditionelle Verbindung zwischen Arbeitern und Sozialdemokratie im Osten nicht existiert und im Westen an Bedeutung verliert. Auf Seiten der Union hingegen haben sich rasch Bindungen zwischen den C-Parteien und ihren klassischen Unterstützergruppen herausgebildet. Diese sind aber rein quantitativ von geringer Bedeutung. Die beschriebene Zunahme des Anteils der Unionsanhänger in den neuen Ländern hat sich dementsprechend zu einem großen Teil außerhalb dieser Gruppen vollzogen.

Tabelle 11: Identifikation mit der Union 1991-2001

	Union
Region Ost	-0.380** (0.034)
Zeit (Monate seit April 1991)	0.001** (0.000)
Kirchgang	0.338** (0.010)
Region Ost * Zeit	0.003** (0.000)
Kirchgang * Zeit	-0.000** (0.000)
Kirchgang * Region Ost	0.045** (0.014)
Kirchgang * Region Ost * Zeit	-0.000 (0.000)
Konstante	-1.674** (0.028)
N	197947
Adjusted Pseudo R <sup>2</sup> (Mc Fadden)	0.05
Standardfehler in Klammern	

Anmerkung: \*\* =  $p < 0.01$ .

### 3.2 Determinanten des Wahlverhaltens 1994-1998-2002

#### 3.2.1 Wahlbeteiligung

In früheren Analysen der deutsch-deutschen Unterschiede im Wählerverhalten (Arzheimer und Falter 1998, 2002) haben wir die Vermutung geäußert, dass in erster Linie der, wie oben gezeigt, auch rund 12 Jahre nach der "Wende" immer noch relativ niedrige Anteil parteigebundener Bürger in den neuen Ländern für die niedrigere Wahlbeteiligung und die höhere Volatilität in dieser Region verantwortlich ist. Dort, wo die Parteiidentifikation als stabilisierendes Element fehlt, müssen nach dem Ann-Arbor-Modell kurzfristige Einflüsse, d. h. aktuelle politische Konflikte sowie die Images der Spitzenpolitiker, einen größeren Einfluss auf die Wahlentscheidung gewinnen, woraus wiederum eine höhere Zahl an Nicht- und Wechselwählern resultieren sollte.

Zumindest für die Frage der Wahlbeteiligung lässt sich diese Hypothese mit den Daten der Deutschen Wahlstudie recht einfach überprüfen.<sup>26</sup> In Tabelle 12 (Spalte

<sup>26</sup> Wir verwenden die Querschnittsbefragungen zu den drei jüngsten Bundestagswahlen (ZA Nrn. 3065, 3066, 3681). Wie üblich, wird der Anteil der Nichtwähler in den von uns verwendeten Daten deutlich unterschätzt. Die Beteiligungsdaten in Tabelle 12 zeichnen deshalb ein zu optimistisches Bild von der tatsächlichen Partizipationsbereitschaft der betreffenden Gruppen. Aus unserer Sicht ist dies aber kein schwerwiegendes Pro-

1) haben wir die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung in Abhängigkeit von der Regionszugehörigkeit modelliert. Um mögliche Mobilisierungseffekte einzelner Wahlkämpfe zu erfassen, die darüber hinaus regional spezifisch wirken könnten, haben wir außerdem je einen Koeffizienten für die Wahlen 1998 und 2002 sowie Interaktionsterme zwischen der Region und diesen beiden Wahlen geschätzt. Darüber hinaus enthält das Modell eine Reihe von demographischen Kontrollvariablen (Alter, Geschlecht, formale Bildung), die bekanntermaßen mit der Wahlbeteiligung in Zusammenhang stehen. Auf diese Weise können wir etwaige Kompositionseffekte weitgehend ausschließen. Im Ergebnis zeigt sich ein konsistenter<sup>27</sup> Effekt der Regionszugehörigkeit: *Ceteris paribus* lagen bei diesen drei Wahlen die Chancen (*odds*) der Wahlbeteiligung für ostdeutsche Bürger rund 44 Prozent niedriger als für westdeutsche Bürger. Die substantielle Bedeutung dieses Werts hängt davon ab, welcher Personenkreis betrachtet wird. In der Gruppe mit der insgesamt niedrigsten Wahlbeteiligung (junge Frauen mit einfacher Bildung) errechnet sich eine Ost-West-Differenz von 8 Prozentpunkten, während sich die erwartete Wahlbeteiligung von Ost- und Westdeutschen in der Gruppe mit der höchsten Beteiligungsrate (Männer über 61 Jahre mit Abitur) um lediglich 0.7 Prozentpunkte unterscheidet.

Wenn unsere Vermutung zutrifft, müssten diese Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern verschwinden oder sich zumindest stark abschwächen, sobald zusätzlich die Parteiidentifikation kontrolliert wird. Spalte (2) in Tabelle 12 zeigt, dass dies tatsächlich der Fall ist: Die Koeffizienten für die Regionszugehörigkeit sowie die beiden Interaktionsterme für die Regionszugehörigkeit und die Wahlen 1998 und 2002 sind nicht mehr signifikant von 0 verschieden,<sup>28</sup> während das Vorliegen einer Parteiidentifikation einen signifikanten und sehr stark positiven Effekt auf die Wahlbeteiligung hat.

Um zu klären, ob dieser Effekt über die untersuchten Wahlen und die beiden Regionen hinweg variiert, haben wir weitere Interaktionsterme in das Modell aufgenommen. In zwei Fällen ergeben sich statistisch signifikante und dabei sinnvoll interpretierbare Koeffizienten: Bei der Bundestagswahl 1998 war die Wahlbeteiligung unter den nicht parteigebundenen Bürgern etwas höher (signifikanter Haupteffekt der Wahl 1998), der zusätzliche Mobilisierungseffekt der Parteiidentifikation zugleich etwas schwächer als bei den anderen Wahlen, was angesichts des poli-

blem, da wir in erster Linie an der Wirkung verschiedener Variablen auf die Wahlbeteiligung, nicht aber an deren absoluter Höhe interessiert sind.

27 Der Haupteffekt der Regionszugehörigkeit erfasst den Ost-West-Unterschied im "Superwahljahr" 1994, die beiden Interaktionsterme eine mögliche Fluktuation dieses Effekts bei den beiden folgenden Wahlen. Der positive Interaktionseffekt für 1998 ist nach den gängigen Kriterien nicht signifikant von 0 verschieden ( $p = 0.052$ ), der Wert für 2002 liegt eindeutig im Ablehnungsbereich ( $p = 0.67$ ).

28 Ein Wald-Test zeigt, dass die Koeffizienten auch bei gemeinsamer Betrachtung nicht signifikant von 0 abweichen ( $p = 0.98$ ).

Tabelle 12: Beteiligung an Bundestagswahlen 1994-2002

	(1)	(2)
Geschlecht männlich	0.249*	0.159
	(0.097)	(0.100)
Mittlerer Schulabschluss	0.399**	0.315**
	(0.117)	(0.122)
Höherer Schulabschluss	1.328**	1.161**
	(0.163)	(0.167)
Alter 34-47 (2. Quartil)	0.533**	0.403**
	(0.123)	(0.127)
Alter 48-61 (3. Quartil)	1.218**	1.014**
	(0.151)	(0.155)
Alter 62- 96 (4. Quartil)	1.289**	1.043**
	(0.150)	(0.156)
Region Ost	-0.575**	-0.007
	(0.151)	(0.195)
BTW 1998	0.042	0.494*
	(0.164)	(0.221)
BTW 2002	-0.067	0.108
	(0.167)	(0.211)
Region Ost * BTW 1998	0.488	-0.009
	(0.251)	(0.322)
Region Ost * BTW 2002	-0.097	-0.084
	(0.230)	(0.293)
PI vorhanden	-	2.362**
	-	(0.254)
Region Ost * PI vorhanden	-	-0.644*
	-	(0.325)
BTW 1998 * PI vorhanden	-	-0.782*
	-	(0.348)
BTW 2002 * PI vorhanden	-	0.097
	-	(0.377)
Region Ost * BTW 1998 * PI vorhanden	-	0.894
	-	(0.545)
Region Ost * BTW 2002 * PI vorhanden	-	-0.461
	-	(0.507)
Konstante	1.867	0.660
	(0.153)**	(0.186)**
N	8 334	8 334
Adjusted R <sup>2</sup> (Mc Fadden)	0.05	0.14
BIC	-71 694	-72 005

Anmerkung: \* = p < 0.05, \*\* = p < 0.01; BTW = Bundestagswahl; BIC = Bayesian Information Criterion.

tischen Kontexts dieser Wahl plausibel erscheint. Außerdem zeigt sich, dass die Wirkung der Parteibindung in den neuen Ländern generell etwas schwächer ist als in den alten, was sich mit der oben angesprochenen Panelanalyse von Schmitt-Beck und Weick deckt, der zufolge Parteibindungen in Ostdeutschland schneller

aufgegeben werden als im Westen. Für den letztgenannten Koeffizienten liegt die Irrtumswahrscheinlichkeit mit  $p = 0.048$  allerdings am oberen Rand der konventionellen Schwelle für die statistische Signifikanz.

Insgesamt gesehen, ist das zweite Modell dem ersten klar überlegen: Das korrigierte Pseudo- $R^2$  ist fast dreimal so groß; der Rückgang des Bayesian Information Criterion (BIC), das neben der Veränderung der Devianz auch die Zahl der Fälle sowie die zu schätzenden Parameter, d. h. die Sparsamkeit der Modellierung, berücksichtigt, spricht ebenfalls klar für die Aufnahme der Parteiidentifikation (PI) in das Modell.<sup>29</sup>

*Tabelle 13:* Geschätzte Beteiligungsraten an den Bundestagswahlen 1994-2002 in Abhängigkeit von Alter, Geschlecht, Bildung, Region und Parteiidentifikation

	Frauen bis 33, niedrige Bildung				Männer ab 62, hohe Bildung			
	West		Ost		West		Ost	
	ohne PI	mit PI	ohne PI	mit PI	ohne PI	mit PI	ohne PI	mit PI
1994	66	95	66	91	95	99	95	99
1998	76	94	76	95	97	99	97	99
2002	68	96	66	88	96	100	95	99

Wie groß deren substantielle Bedeutung für die Wahlbeteiligung ist, lässt sich wiederum am besten abschätzen, wenn man einzelne Gruppen betrachtet (Tabelle 13). Dabei zeigt sich einerseits, dass das Vorliegen einer Parteiidentifikation bei jenen Bürgern, die ansonsten in geringerem Umfang von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen (beispielsweise jüngere Frauen mit niedriger Bildung), die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung dramatisch erhöhen kann, während dieser Mobilisierungseffekt in Bevölkerungssegmenten, die ohnehin eine hohe Wahlbereitschaft aufweisen (z. B. ältere Männer mit hoher Bildung), naturgemäß deutlich geringer ausfällt. Darüber hinaus ist aus der Tabelle zu erkennen, dass die mobilisierende Wirkung der Parteiidentifikation in den neuen Ländern in der Tat etwas geringer ist als in den alten, was sich am deutlichsten im Jahr 2002 bei den jüngeren Frauen mit niedriger Bildung zeigt. In allen übrigen Fällen treten aber nur sehr geringe Unterschiede zwischen alten und neuen Ländern auf, sobald die Parteiidentifikation kontrolliert wird. Deshalb gehen wir davon aus, dass die im Mittel deutlich geringere Wahlbeteiligung in den neuen Ländern primär durch eine geringere Zahl parteigebundener Bürger zu erklären ist. Auf eine analoge Analyse des Einflusses der Parteiidentifikation auf die Bereitschaft zur Wechselwahl müssen wir aus Platzgründen leider verzichten, da deren Konzeptualisierung und Messung bekanntlich mit großen Problemen verbunden ist (Schoen 2003).

<sup>29</sup> Die Veränderung des BIC ermöglicht einen Vergleich konkurrierender Modelle. In unserem Fall sinkt das BIC um 311 Einheiten. Bereits ein Rückgang von mehr als 10 Einheiten gilt als "sehr starker" Hinweis auf die Überlegenheit des alternativen Modells (Long und Freese 2001: 87).

#### 4.2.2 Wahlentscheidung

Unterschiede in Niveau und Struktur der Parteibindungen liefern eine plausible Begründung dafür, dass die Wahlergebnisse in den neuen Ländern stärker fluktuieren und die Wahlbeteiligung niedriger liegt als in der alten Bundesrepublik. Die deutlichen Unterschiede bei der Wahlentscheidung aber lassen sich damit *prima facie* nicht erklären: Warum hat die SPD bei den Bundestagswahlen von 1998 und 2002 in der ehemaligen DDR jeweils deutlich bessere Ergebnisse als die CDU erzielt (vgl. Tabelle 5), obwohl es letzterer gelungen ist, sich die Loyalität ihrer traditionellen Klientel zu sichern und gleichzeitig außerhalb dieser Gruppen langfristige Anhänger zu gewinnen, während die Zahl der SPD-Identifizierer rückläufig ist, sodass beide Parteien im Ergebnis in etwa gleichauf liegen? Warum ist es der PDS zumindest bei den Wahlen von 1994 und 1998 gelungen, weit über das Lager ihrer langfristigen Anhänger hinaus Unterstützung zu gewinnen? Eine Antwort darauf liegt unserer Ansicht nach einerseits in Personal und Programmatik der Parteien, andererseits in den Unterschieden zwischen den politischen Kulturen Ost- und Westdeutschlands, die sich vor allem in unterschiedlichen Vorstellungen bezüglich der Rolle des Staates zeigen (Westle 1994; Fuchs 1997; Roller 1997; Arzheimer und Klein 2000).

Um diese Vermutung zumindest ansatzweise zu überprüfen, haben wir trotz der damit verbundenen Probleme ein multinominales logistisches Modell der Wahlentscheidung geschätzt.<sup>30</sup> In der Referenzkategorie für die abhängige Variable haben wir jene Optionen zusammengefasst, die die Zusammensetzung des Parlaments nicht direkt beeinflussen: die Entscheidung, sich überhaupt nicht an der Wahl zu beteiligen bzw. für eine der zahlreichen kleineren Parteien zu stimmen. Dieser Referenzkategorie stellen wir als Handlungsalternativen die Wahl von CDU/CSU, SPD, FDP, B90/Grüne oder PDS gegenüber. Dementsprechend beschreiben die Koeffizienten in den Spalten von Tabelle 15, welchen Einfluss die unabhängigen Variablen auf die Entscheidung zugunsten der fünf relevanten Parteien haben.

Als unabhängige Variablen betrachten wir zunächst die Bindungen an diese fünf Parteien. Die entsprechenden Koeffizienten finden sich im oberen Teil von Tabelle

<sup>30</sup> Problematisch sind hier zwei Aspekte: Erstens stellt sich angesichts der oben beschriebenen Regionalisierung des Parteiensystems die Frage, ob Wähler in Ost- und Westdeutschland überhaupt vor dem gleichen Set von Handlungsoptionen stehen. Da das Wahlrecht jedoch eine bundesweite Verrechnung der Zweitstimmen vorsieht und die drei betreffenden Wahlkämpfe von gesamtdeutsch agierenden Spitzenkandidaten dominiert und zentral geplant wurden, ist es zumindest plausibel, für die überwiegende Mehrheit der Wähler bzw. Wahlkreise von identischen Entscheidungssets auszugehen. Zweitens generieren multinomiale Modelle eine große Zahl von Koeffizienten, was dem Ziel einer sparsamen Modellierung widerspricht, vor allem aber die mit der logistischen Regression verbundenen Interpretationsprobleme verschärft. Wir haben deshalb versucht, die Zahl der unabhängigen Variablen möglichst gering zu halten, und beschränken uns bei der Interpretation auf die Diskussion erwarteter Wahrscheinlichkeiten in einigen ausgewählten Konstellationen.

15.<sup>31</sup> Außerdem haben wir analog zum vorangegangenen Abschnitt Haupt- und Interaktionseffekte für das Wahljahr und die Region in das Modell mit aufgenommen, die die (möglicherweise regional spezifische) Wirkung von kurzfristigen Faktoren (Themen, Kandidaten) erfassen. Die zugehörigen Koeffizienten sind in der unteren Hälfte von Tabelle 15 eingetragen.

Tabelle 14: Mittlere Einstellung (Median) zu Sozialismus/DDR

	West	Ost
1994	-0.3	0.6
1998	-0.4	0.6
2002	-0.5	0.5

Anmerkung: Skalenbereich: -2 = Ablehnung, +2 = Zustimmung.

Die Koeffizienten für den Zusammenhang zwischen pro-sozialistischen Einstellungen und der Wahl der fünf Parteien schließlich finden sich in der Mitte von Tabelle 15.<sup>32</sup> Zur Erfassung dieser Einstellungen steht uns leider nur eine sehr begrenzte Menge von Indikatoren zur Verfügung, die kontinuierlich erhoben wurden. Konkret handelt es sich um die Items "Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden.", "Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten." und "Der Sozialismus ist eine gute Idee, die bisher nur schlecht ausgeführt wurde." Diese wurden einer Hauptachsenanalyse unterzogen; alle weiteren Berechnungen beziehen sich auf die *factor scores*.<sup>33</sup> Dabei stehen positive Werte für eine überdurchschnittliche Befürwortung, negative Werte hingegen für eine unterdurchschnittliche Befürwortung des Sozialismus. Die empirische Spannweite der Skala reicht von -1.2 bis 1.9. Erwartungsgemäß stehen über den ganzen Untersuchungszeitraum hinweg die Ostdeutschen dem Sozialismus deutlich positiver gegenüber als ihre Landsleute aus den alten Ländern (vgl. Tabelle 14). Da die Werte

31 Die Zusammenhänge zwischen den fünf PI-Dummies sind mit Korrelationen von maximal -0.44 (Union \* SPD in den alten Ländern) relativ schwach. Dementsprechend geben die üblichen Prüfverfahren keinerlei Hinweise auf nennenswerte Multikollinearität.

32 Auf die Aufnahme von zusätzlichen Kontrollvariablen oder weiteren Interaktionen, mit deren Hilfe sich regionen- oder parteispezifische Wirkungen modellieren ließen, haben wir verzichtet, um das Modell einigermaßen überschaubar zu halten: Für jede weitere Variable müssten mindestens fünf zusätzliche Parameter geschätzt werden. Bei einer Reihe explorativer Analysen, auf die wir an dieser Stelle aus Platzgründen nicht näher eingehen können, hat sich zudem gezeigt, dass keine relevanten Interaktionen auftreten und zusätzliche Hintergrundvariablen keinen signifikanten Effekt auf das Wahlverhalten ausüben.

33 Vorgegeben waren jeweils Antworten auf einer fünfstufigen Skala von -2 ("stimme überhaupt nicht zu") bis +2 ("stimme voll und ganz zu"). Für die drei Items errechnet sich über die drei Befragungswellen hinweg ein Alpha von 0.70. Der Anteil der Fälle mit fehlenden Werten liegt für diese Items mit 8.0, 5.5 bzw. 6.4 Prozent relativ niedrig. Aus der Kombination der drei Variablen ergibt sich allerdings mit fast 14 Prozent ein wesentlich höherer Wert. Deshalb haben wir fehlende Skalenwerte durch ein einfaches Imputationsverfahren (*best-subset regression*) ersetzt, sofern zumindest eines der drei Items beantwortet wurde.

vor allem in den alten Ländern ausgesprochen schief verteilt sind (0.61 bzw. -0.29), haben wir den Median ausgewiesen.

Table 15: Faktoren der Wahlentscheidung 1994-2002 (multinomiale logistische Regression)

	Nichtwahl/"Sonstige" vs.				
	CDU/CSU	SPD	FDP	B90/Grüne	PDS
PI: Union	3.381** (0.143)	-0.280 (0.176)	1.621** (0.203)	-0.030 (0.281)	-0.740 (0.411)
PI: SPD	-0.436* (0.183)	2.805** (0.129)	0.297 (0.250)	1.627** (0.176)	0.866** (0.209)
PI: FDP	1.014* (0.441)	-0.240 (0.508)	4.681** (0.408)	0.768 (0.636)	-0.679 (1.079)
PI: Grüne	-0.643 (0.335)	0.634** (0.239)	-0.965 (0.745)	4.060** (0.231)	1.067** (0.348)
PI: PDS	-2.276** (0.742)	0.086 (0.276)	-0.307 (0.751)	0.178 (0.509)	3.527** (0.238)
Pro-Sozialismus	-0.600** (0.077)	-0.190** (0.070)	-0.628** (0.119)	-0.219* (0.099)	0.525** (0.111)
Region Ost	0.625** (0.168)	0.228 (0.158)	-0.159 (0.298)	-0.571* (0.230)	1.650** (0.323)
BTW 1998	-0.378* (0.165)	0.408** (0.151)	0.212 (0.247)	0.249 (0.193)	0.430 (0.386)
BTW 2002	0.414* (0.166)	0.119 (0.158)	1.059** (0.238)	0.369 (0.201)	0.680 (0.380)
Region Ost * 1998	-0.442 (0.250)	-0.307 (0.221)	-0.149 (0.427)	-0.137 (0.341)	-0.341 (0.434)
Region Ost * 2002	-0.877** (0.247)	-0.189 (0.229)	-0.132 (0.386)	0.125 (0.333)	-0.753 (0.434)
Konstante	-0.033 (0.125)	0.285* (0.117)	-1.920** (0.206)	-1.272** (0.163)	-2.687** (0.301)
N	8 335				
Adjusted R <sup>2</sup> (McFadden)	0.45				

Anmerkung: \* =  $p < 0.05$ , \*\* =  $p < 0.01$ ; BTW = Bundestagswahl.

Wie lassen sich nun die Ergebnisse unserer Analyse zusammenfassen? Betrachten wir zunächst den Einfluss der Parteiidentifikationen: Die Zusammenhänge zwischen Parteibindungen und Wahlverhalten sind sehr eng, statistisch signifikant und entsprechen den Konstellationen, die sich im deutschen Parteiensystem seit der Wiedervereinigung herausgebildet haben: Wenn eine Parteiidentifikation vorliegt, erhöht sich die Wahrscheinlichkeit für die Wahl der entsprechenden Partei dramatisch. In geringerem Umfang gilt dies darüber hinaus auch für die anderen Parteien des eigenen Lagers. Bemerkenswert ist außerdem der ausgeprägte negative Zusammenhang zwischen einer Identifikation mit der PDS und der Wahl der Unionsparteien, der sich in dieser Stärke zwischen anderen Parteien nicht nachweisen lässt.

Da sowohl das Vorliegen von Parteiidentifikationen als auch die Regionszugehörigkeit und die jeweilige Wahl durch 0/1-kodierte Variablen erfasst werden, sind die entsprechenden Koeffizienten direkt miteinander vergleichbar. Kurzfristige Faktoren scheinen demnach einen deutlich geringeren Einfluss auf die Wahlentscheidung zu haben als Parteiidentifikationen. Allerdings sind die Schwierigkeiten, die sich bei der Interpretation von Logit-Koeffizienten ergeben, bei multinomialer Struktur des Modells besonders groß.

Um die inhaltliche Bedeutung dieser Koeffizienten und damit das Zusammenwirken von kurz- und langfristigen Einflüssen besser einschätzen zu können, haben wir deshalb zunächst für die Anhänger der fünf Parteien für alle Urnengänge und getrennt nach Regionen die geschätzte Wahrscheinlichkeit für die Wahl der eigenen Partei errechnet (nicht tabellarisch ausgewiesen). Als Wert für die Befürwortung des Sozialismus wurde der Median für die Gruppe derjenigen, die sich bei dieser Wahl und in der entsprechenden Region mit der Partei identifizieren, eingesetzt. Im Ergebnis zeigt sich, dass – wie nach dem Ann-Arbor-Modell zu erwarten – die Parteiidentifikation die Wahlentscheidung vorstrukturiert, aber nicht vollständig determiniert. Die geschätzte Wahrscheinlichkeit für die Wahl der Sozialdemokraten beispielsweise liegt in der Gruppe derjenigen, die sich mit der SPD identifizieren, zwischen 83 (alte Länder BTW 2002) und 90 (alte Länder BTW 1998) Prozent. Die Union konnte nach unserem Modell zwischen 86 (neue Länder BTW 1998) und 94 (neue Länder 1994) Prozent ihrer langfristigen Anhänger mobilisieren. Vergleichbare Ergebnisse zwischen 85 und 87 Prozent errechnen sich auch für die PDS in Ostdeutschland.<sup>34</sup> Höhe und Schwankungsbreite dieser Mobilisierungsquoten deuten darauf hin, dass die Parteiidentifikation von weitaus größerer Bedeutung ist als die kurzfristigen Faktoren. Bei knappen Mehrheitsverhältnissen können allerdings auch kleine Prozentsatzdifferenzen wahlentscheidend sein.

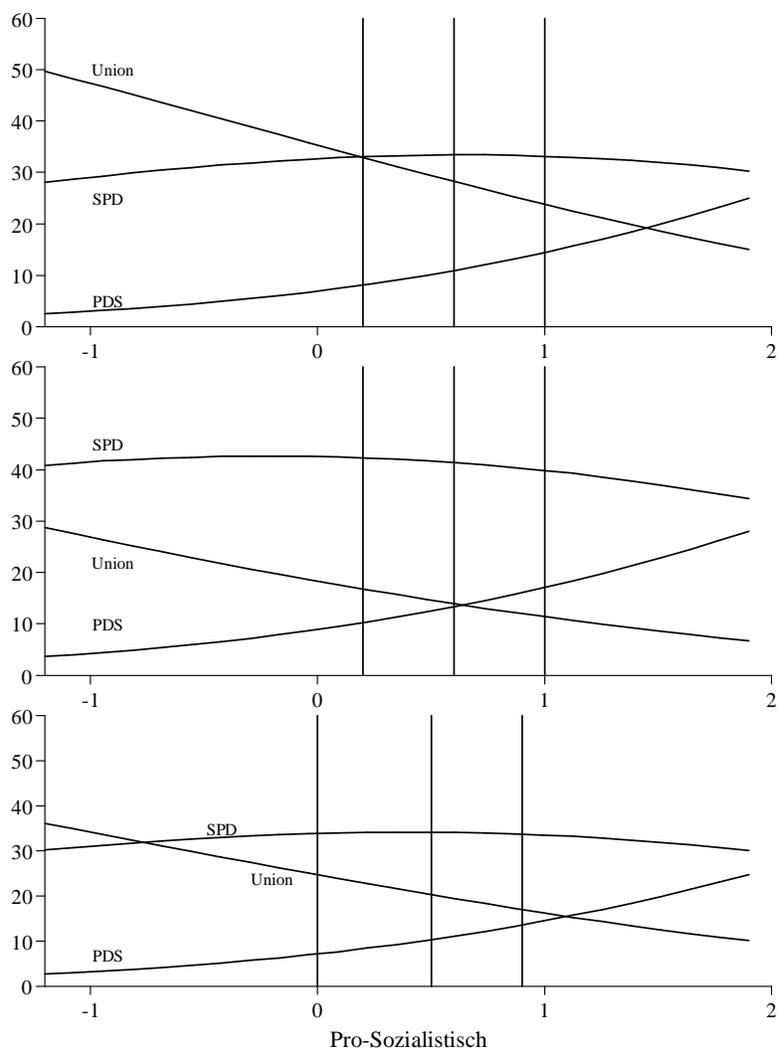
In einem zweiten Schritt haben wir dann für die Gruppe derjenigen, die sich keiner der fünf relevanten Parteien verbunden fühlen, die geschätzten Stimmenanteile der Parteien errechnet.<sup>35</sup> Wie zu erwarten, ergeben sich bei diesem Personenkreis durch kurzfristige Einflüsse weitaus größere Schwankungen von bis zu 18 Prozentpunkten (Union in den alten Ländern 1994, 1998).

Die Bewertung der "sozialistischen Demokratie" schließlich steht ebenfalls in einem engen, allerdings komplexen Zusammenhang mit dem Wahlverhalten: Mit höheren Werten auf der Sozialismus-Skala nimmt die Wahrscheinlichkeit der PDS-Wahl deutlich zu, während die Wahl der bürgerlichen Parteien im gleichen Um-

34 Deutlich niedrigere Werte ergeben sich hingegen für die kleineren Parteien in beiden Regionen sowie vor allem für die PDS in den alten Ländern. Hierbei ist allerdings zu beachten, dass die Zahl der Bürger, die eine entsprechende Identifikation aufweisen, vergleichsweise gering ist und Aussagen über das Verhalten dieser Gruppen dementsprechend mit einer größeren Unsicherheit behaftet sind.

35 Als Wert für die Befürwortung des Sozialismus wurde wiederum der für die jeweilige Wahl und Region berechnete Median dieser Gruppe eingesetzt.

Abbildung 7: Einstellung zum Sozialismus und Wahlwahrscheinlichkeiten für SPD, CDU und PDS bei ostdeutschen Bürgern ohne Parteiidentifikation, 1994-2002 (in Prozent)



Anmerkung: Skalenbereich Sozialismus: -2 = Ablehnung, +2 = Befürwortung.

fang unwahrscheinlicher wird.<sup>36</sup> Auch die Wahrscheinlichkeit der Wahl von SPD und Grünen sinkt mit einer positiven Bewertung des Sozialismus. Die Koeffizienten für beide Parteien sind aber erheblich kleiner<sup>37</sup> als die entsprechenden Parameter für die anderen Parteien und unterscheiden sich mit großer Sicherheit nicht voneinander ( $p = 0.74$ ).

Um uns einen Eindruck vom Einfluss dieser Variable auf das Wahlverhalten zu verschaffen, haben wir für die (ideologisch jeweils recht homogenen) Anhängerschaften von Union, SPD und PDS (nur in den neuen Ländern) die geschätzte Wahrscheinlichkeit für die Wahl der eigenen Partei errechnet und dabei die Bewertung des Sozialismus einmal auf das 25-Prozent- und dann auf das 75-Prozent-Perzentil der jeweiligen Gruppe gesetzt. Für die SPD ergeben sich dabei *keine* nennenswerten Unterschiede, während für Union und PDS Differenzen von einigen Prozentpunkten geschätzt werden. Den stärksten Einfluss hatte die Bewertung des Sozialismus bei den PDS-Anhängern des Wahljahres 1994: Unter denjenigen, die – gemessen am Mittelwert der eigenen Gruppe – dem Sozialismus eher skeptisch gegenüberstanden, optierten 84 Prozent für die PDS; unter denjenigen, die in überdurchschnittlichem Maße dem Sozialismus zuneigten, wird ein Wert von 91 Prozent geschätzt.

Von deutlich größerer politischer Relevanz ist die Bewertung des Sozialismus aber in der großen Gruppe der Ostdeutschen ohne Parteiidentifikation. Abbildung 7, die die geschätzten Stimmenanteile von SPD, CDU und PDS für die drei jüngsten Bundestagswahlen in den neuen Ländern ausweist, verdeutlicht die Verhältnisse: Die SPD war bei allen drei Wahlen selbst bei solchen Bürgern, die dem Sozialismus (für ostdeutsche Verhältnisse) eher ablehnend gegenüberstehen, beliebter als die Union.<sup>38</sup> Darüber hinaus ist klar zu erkennen, dass ideologische Aspekte unter den nicht parteigebundenen Ostdeutschen über den gesamten empirisch relevanten Bereich der Einstellungsskala hinweg nur einen sehr geringen Einfluss auf die Wahl der SPD haben. Höhere Werte auf der Sozialismus-Skala, wie sie bei den nicht parteigebundenen Bürgern in den neuen Ländern häufig auftreten, beeinflussen dementsprechend die Wahlchancen der Sozialdemokraten kaum. In gewisser Weise ist die SPD für parteipolitisch ungebundene Ostdeutsche damit tatsächlich eine Partei der "neuen Mitte", die über ideologische Grenzen hinweg Wählerstützung für die Union hingegen nimmt mit zunehmender Befürwortung des Sozialismus deutlich ab. Zwischen dem 25-Prozent- und dem 75-Prozent-Perzentil sinkt die ohnehin geringere Wahrscheinlichkeit für die Wahl der Christdemokraten um bis zu 9 Prozentpunkte (BTW 1994), während die Unterstützung der PDS fast spiegelbildlich anwächst.

36 Mit einem Wald-Test lässt sich zeigen, dass die Beträge der drei Koeffizienten nicht signifikant voneinander abweichen ( $p = 0.85$ ).

37 Der für die Union geschätzte Koeffizient ist rund dreimal größer als der entsprechende Werte für die SPD. Das 95-Prozent-Konfidenzintervall für das Verhältnis beider Koeffizienten reicht von 1.24 bis 5.07.

38 Die drei senkrechten hellgrauen Linien markieren den Median sowie das 25-Prozent- und das 75-Prozent-Perzentil der Einstellungsskala.

Selbstverständlich lassen sich die Ost-West-Unterschiede im Wahlverhalten der Deutschen nicht vollständig auf diesen spezifischen Zusammenhang zwischen prosozialistischen Einstellungen und Wahlentscheidung reduzieren.<sup>39</sup> Aus unserer Sicht trägt er aber wesentlich dazu bei zu verstehen, warum die Union 1998 und 2002 in den neuen Ländern erkennbar schlechter abgeschnitten hat als die SPD und warum es der PDS immer wieder gelingen konnte, über den Kreis ihrer langfristigen Anhänger hinaus Stimmen zu gewinnen.

#### **4 Fazit**

Gegenstand dieses Beitrages waren die ausgeprägten Unterschiede im Wahlverhalten von Ost- und Westdeutschen, die sich seit der Wiedervereinigung beobachten lassen und seitdem nicht an Bedeutung verloren haben: In den neuen Ländern sind die Wahlbeteiligungsraten erkennbar niedriger und die Fluktuationen zwischen aufeinander folgenden Wahlen weitaus größer als in der alten Bundesrepublik. Zudem stimmen die Ostdeutschen immer noch relativ häufig für die PDS, die den in alten Ländern nach wie vor keine Rolle spielt, während sich die "Westparteien" im Gebiet der früheren DDR oft schwer tun.

Aus unserer Sicht ist die Kombination zweier Faktoren für diese Phänomene verantwortlich. Zum einen ist der Anteil derjenigen, die sich langfristig einer bestimmten Partei verbunden fühlen, in Ostdeutschland immer noch deutlich geringer als in den alten Ländern, sodass kurzfristige Faktoren einen größeren Einfluss auf die Wahlentscheidung haben. In gewisser Weise repräsentieren die Ostdeutschen damit den moderneren Teil des deutschen Elektorats. Zugleich sind in den neuen Ländern Präferenzen für eine eher sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung weit – d.h. bis in die Anhängerschaft der bürgerlichen Parteien hinein – verbreitet. Diese ideologischen Dispositionen hatten in der großen Gruppe der ungebundenen Wähler bislang einen deutlich negativen Effekt auf die Chancen der Union und begünstigten zugleich die PDS, während die Wahl der SPD von solchen Einstellungen weder negativ noch positiv beeinflusst wurde. Sollte die SPD geführte Bundesregierung allerdings ihr Reformprogramm, das ja in weiten Teilen auf einen Rückbau sozialstaatlicher Leistungen und eine generelle Reduzierung der Staatstätigkeit hinausläuft, tatsächlich in die Tat umsetzen, könnte sich dies rasch ändern.

<sup>39</sup> Ein formaler Test auf verbleibende Ost-West-Unterschiede ist wegen der großen Zahl der Koeffizienten recht komplex. Für Union, PDS und Bündnis90/Grüne lassen sich auch dann signifikante Unterschiede ( $p < 0.01$ ) zwischen den Regionen nachweisen, wenn Parteiidentifikation und Ideologie berücksichtigt werden.

## Literatur

- Arzheimer, Kai (2000): "50 Jahre Wahlen in Rheinland-Pfalz", in Ulrich Sarcinelli, Jürgen W. Falter, Gerd Mielke und Bodo Benzner (Hg.), *Politische Kultur in Rheinland-Pfalz*, Mainz/München: v. Hase & Koehler, S. 229-254.
- Arzheimer, Kai (2001): "Die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft und zum Berliner Abgeordnetenhaus 2001", *Gegenwartskunde* 50: 471-481.
- Arzheimer, Kai (2002): "Stichwort PDS", in Martin Greiffenhagen und Sylvia Greiffenhagen (Hg.), *Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland. Ein Lehr- und Nachschlagewerk*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 324-330.
- Arzheimer, Kai und Jürgen W. Falter (1998): "'Annäherung durch Wandel?' Das Ergebnis der Bundestagswahl 1998 in Ost-West-Perspektive", *Aus Politik und Zeitgeschichte* 48 (B52): 33-43.
- Arzheimer, Kai und Jürgen W. Falter (2002): "Ist der Osten wirklich rot? Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2002 in Ost-West-Perspektive", *Aus Politik und Zeitgeschichte* 52 (B49-50): 27-35.
- Arzheimer, Kai und Markus Klein (2000): "Gesellschaftspolitische Wertorientierungen und Staatszielvorstellungen im Ost-West-Vergleich", in Jürgen W. Falter, Oscar W. Gabriel und Hans Rattinger (Hg.), *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen: Leske + Budrich, S. 363-402.
- Box-Steffensmeier, Janet M. und René M. Smith (1996): "The Dynamics of Aggregate Partisanship", *American Journal of Political Science* 90: 567-580.
- Box-Steffensmeier, Janet M. und Andrew R. Tomlinson (2000): "Fractional Integration Methods in Political Science", *Electoral Studies* 19: 63-76.
- Byers, David, James Davidson und David Peel (2000): "The Dynamics of Aggregate Political Popularity: Evidence from Eight Countries", *Electoral Studies* 19: 49-62.
- Campbell, Angus, Philip E. Converse, Warren E. Miller und Donald E. Stokes (1960): *The American Voter*, New York: John Wiley.
- Dalton, Russell J., Paul Allen Beck und Scott C. Flanagan (1984): "Electoral Change in Advanced Industrial Democracies", in Russell J. Dalton, Scott C. Flanagan und Paul Allen Beck (Hg.), *Electoral Change in Advanced Industrial Democracies: Realignment or Dealignment*, Princeton: Princeton University Press, S. 3-22.
- Dalton, Russell J. und Wilhelm Bürklin (1995): "The Two German Electorates: The Social Base of the Vote in 1990 and 1994", *German Politics and Society* 13: 79-99.
- Falter, Jürgen W. und Hans Rattinger (2001): "Die deutschen Parteien im Urteil der öffentlichen Meinung von 1977-1999", in Oscar W. Gabriel, Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*, Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 484-503.
- Firebaugh, Glenn (1997): *Analyzing Repeated Surveys*, Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage.
- Forschungsgruppe Wahlen (1990): *Bundestagswahl 1990. Eine Analyse der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl am 2. Dezember 1990*, Mannheim: Forschungsgruppe Wahlen.
- Fuchs, Dieter (1997): "Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland", in Oscar W. Gabriel (Hg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich, S. 81-113.
- Gabriel, Karl (2001): "Kirchen/Religionsgemeinschaften", in Bernhard Schäfers und Wolfgang Zapf (Hg.), *Handwörterbuch zur Gesellschaft Deutschlands*, Opladen: Leske + Budrich, S. 380-391.

- Geißler, Rainer (2002): *Die Sozialstruktur Deutschlands. Die gesellschaftliche Entwicklung vor und nach der Vereinigung. Mit einem Beitrag von Thomas Meyer*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Haungs, Peter (1992): "Die CDU: Prototyp einer Volkspartei", in Alf Mintzel und Heinrich Oberreuter (Hg.), *Parteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 172-216 (2. Auflage).
- Holtmann, Everhard (2003): "Die sachsen-anhaltinische Landtagswahl vom 21. April 2002: Bürgervotum gegen das Tolerierungsbündnis von SPD und PDS", *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34: 41-60.
- Hough, Daniel und Charlie Jeffery (2003): "Landtagswahlen: Bundestestwahlen oder Regionalwahlen", *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 34: 79-94.
- Jaccard, John (2001): *Interaction Effects in Logistic Regression*, Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage.
- Jesse, Eckhard (2003): "Das Abschneiden der PDS und der Rechtsparteien bei der Bundestagswahl 2002", *Zeitschrift für Politik* 50: 17-36.
- Long, Scott J. und Jeremy Freese (2001): *Regression Models for Categorical Dependent Variables Using Stata*, College Station: Stata Press.
- Maier, Jürgen (2000): *Politikverdrossenheit in der Bundesrepublik Deutschland. Dimensionen – Determinanten – Konsequenzen*, Opladen: Leske + Budrich.
- Neu, Viola (2000): *Am Ende der Hoffnung? Die PDS im Westen. Zukunftsforum Politik Nr. 10*, Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Pappi, Franz Urban und Susumu Shikano (2003): "Schröders knapper Sieg bei der Bundestagswahl 2002", *Zeitschrift für Politik* 50: 1-16.
- Pedersen, Mogens N. (1983): "Changing Patterns of Electoral Volatility in European Party Systems, 1948-1977: Explorations in Explanation", in Hans Daalder und Peter Mair (Hg.), *Western European Party Systems. Continuity and Change*, Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage, S. 29-66.
- Roller, Edeltraud (1997): "Sozialpolitische Orientierungen nach der deutschen Vereinigung", in Oscar W. Gabriel (Hg.), *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen: Leske + Budrich, S. 115-146.
- Schindler, Peter (1999): *Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949-1999*, Baden-Baden: Nomos.
- Schmidt, Ute (1997): *Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989-1994*, Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schmitt, Karl (1997): "Sozialstruktur und Wählerverhalten", in Oscar W. Gabriel (Hg.), *Politische Einstellungen und politisches Verhalten im Transformationsprozess*, Opladen: Leske + Budrich, S. 425-448.
- Schmitt-Beck, Rüdiger und Stefan Weick (2001): "Die dauerhafte Parteiidentifikation – nur noch ein Mythos? Eine Längsschnittanalyse zur Identifikation mit den politischen Parteien in West- und Ostdeutschland", *Informationsdienst soziale Indikatoren* 26: 1-5.
- Schoen, Harald (2003): *Wählerwandel und Wechselwahl*, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Statistisches Bundesamt (Hg.) (2003): *Statistisches Jahrbuch 2003 für die Bundesrepublik Deutschland*, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Westle, Bettina (1994): "Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie", *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 46: 571-596.